

„Wurzen beginnt mit W, das ist schon immer so gewesen.“

Zusammenleben in einer sächsischen Kreisstadt vor und nach 1989

Teil 2¹

Empirische Ergebnisse einer ostdeutschen Gemeindestudie

Cordia Schlegelmilch

1. Einleitung

Der folgende Artikel setzt den Überblick über meine qualitative Längsschnittstudie in der ostdeutschen Stadt Wurzen fort, in der ich die lebensweltlichen und biographischen Veränderungen nach der Wende dokumentiere und analysiere.² Im Verlauf der Auswertung des umfangreichen biographischen und historischen Materials hatten sich zwei zentrale und miteinander zusammenhängende Aspekte herauskristallisiert:

1. In allen Interviews und über alle sozialen Gruppen und Milieus hinweg, rekurren meine Gesprächspartner/innen, wenngleich unterschiedlich gefärbt und facettenreich, auf ehemalige gemeinschaftliche oder auch kollektive³ Strukturen und Einstellungen in der DDR, vor deren Hintergrund befürchtet wird, dass die sozialen Beziehungen in der neuen Gesellschaft „weniger menschlich“ sind.

2. Ich konnte einen überraschend hohen Grad an Kontinuitäten von Milieus und Mentalitäten feststellen, der sich nicht nur nach der deutschen Wende 1989/90 zeigte, sondern bereits für den politischen Wechsel nach 1949 erkennbar war. Trotz unterschiedlicher sozialstruktureller und sozialhistorischer Hintergründe der Milieus konvergieren die tradierten ethischen Werte und Tugenden in ihrer Betonung von Gemein-sinn und Harmonie, sozialer Verantwortung, Bescheidenheit, Ordnung und Disziplin.

Es gehört inzwischen schon zu dem Gemeinplätzen über die DDR, dass der Versuch einer umfassenden Steuerung der Gesellschaft durch die Politik mit der moralischen Verpflichtung auf ein Gemeinschaftsideal und staatlich organisierte Kollektive

1 Der erste Teil ist veröffentlicht in BIOS 2004, Jg. 17., 35-68.

2 Im ersten Teil habe ich die Fragestellungen der Studie, das methodische Vorgehen, die theoretischen Grundlagen und die Entwicklung der zentralen Thesen skizziert (vgl. Schlegelmilch 2004).

3 Im Folgenden verwende ich die Begriffe „kollektiv“ und „gemeinschaftlich“ synonym, obwohl im deutschen Sprachgebrauch der Begriff „kollektiv“ sehr viel stärker mit der politischen Ideologie der DDR und einer administrativen Organisation verknüpft ist, während der Begriff „gemeinschaftlich“ eher sozialromantisch aufgeladen ist und auf enge personale Verbindungen und emotionale Qualitäten abzielt (z.B. Ehe, Freundschaft usw.), vgl. ausführlich dazu auch Riedel 1979, 801 ff. Ebenso verwende ich statt „Arbeitskollektiv“ auch „Arbeitsbrigade“ und lehne mich dabei an den alltäglichen Sprachgebrauch in der DDR an, in dem diese Ausdrücke ebenfalls synonym verwendet wurden.

und Massenorganisationen sowohl Stabilität und Zustimmung als auch nicht intendierte Widersprüche, Ungerechtigkeiten und ideologiewidriges Handeln nach sich gezogen haben. Formelle kollektive Strukturen wurden für andere als die definierten Interessen genutzt, informell nach eigenem Belieben ergänzt oder ganz unterlaufen. Solche informellen „persönlichen Netzwerke“⁴ haben die offiziellen gesellschaftlichen Strukturen mit widersprüchlichen Folgen fast wie eine zweite Gesellschaft durchzogen und sind in bestimmten Teilaspekten und gesellschaftlichen Bereichen bereits Gegenstand einer Reihe von Forschungsprojekten geworden.⁵ Eine bislang empirisch noch kaum verfolgte Frage dagegen ist die nach der Kontinuität und Diskontinuität kollektiver formeller und informeller Beziehungen über das Ende der DDR hinaus. Die Entwicklung dürfte entscheidend von der Bedeutung der vergangenen sozialen Netzwerke abhängen, denn falls diese in der Zeit der DDR vor allem unter funktionalen Gesichtspunkten entstanden sein sollten (z.B. als Tauschbeziehungen), ist anzunehmen, dass sie nach der Wende überflüssig geworden und zerfallen sind. Andererseits kann es angesichts des dramatischen wirtschaftlichen Umbruchs und persönlicher Krisensituationen durchaus plausibel sein, dass sich neue persönliche Hilfsnetzwerke bilden. Ich unterscheide in der Gemeindestudie sowohl für die DDR-Vergangenheit als auch für die Zeit nach der Wende ebenfalls zwischen formellen und informellen sozialen Netzwerken.⁶ Mit dem umfassenden Terminus „soziale Netzwerke“⁷ greife ich auf theoretische Ansätze zurück, die für soziale Beziehungen jenseits institutionell verankerter Positionen sensibilisieren und davon ausgehen, dass ein erfolgreiches institutionelles und ökonomisches Handeln selbst unter Marktbedingungen immer auch in soziale Netzwerke informeller, nicht ökonomischer Art eingebettet sind.⁸ Der Nutzen formeller wie informeller sozialer Netzwerke sowohl als individuelle Ressource (Bourdieu 1983) als auch als Ressource für moderne Demokratien (Putnam 2001) wird seit Beginn der achtziger Jahre auf der Basis sehr unterschiedlicher Theoriestränge diskutiert.

Die Präsentation der empirischen Ergebnisse aus der Wurzeln-Studie orientiert sich im Folgenden an bestimmten historischen Phasen der DDR-Entwicklung, der Wendezeit und den Jahren nach 1990. Ich betrachte die mehr als 170 befragten Interviewpartner/innen nach einzelnen Wirtschafts- und Berufsbereichen und differenziere dabei sowohl nach Statusgruppen und Milieus als auch nach verschiedenen Lebensbereichen (Arbeitsplatz, Familie, Freizeit), innerhalb derer gemeinschaftliche Beziehungen zustande kamen. In der Gemeindestudie geht es mir nicht um quantifizierende Aussagen über die Verteilung von Merkmalen und Einstellungen, sondern um „eine interpretative Analyse des komplexen Zusammenhangs von Problemdefinitionen, Erfahrungen und Erwartungen im biographischen und lebensweltlichen Kontext der

4 Diewald definiert persönliche Netzwerke, die das „Kollektiv“, „Vitamin-B“-Beziehungen und das Leben in der „Nische“ umfassen, als: „Geflecht der sozialen Beziehungen, die ein Individuum mit anderen Personen innerhalb und außerhalb des eigenen Haushalts verbinden. Sie umfassen üblicherweise die Beziehungen zu Familienmitgliedern, Verwandten, Freunden, Arbeitskollegen, Nachbarn und sonstigen Bekannten.“ (Diewald 1995, 222 und 1993).

5 Vgl. Diewald 1995 oder Scheller 2002. Dabei dominieren Studien über Kollektive in der Erwerbssphäre.

6 Diese Unterscheidung trifft auch Putnam in seiner Konzeption des Sozialkapitals (2001, 25 ff.).

7 Zum Netzwerkkonzept vgl. Keupp und Röhrle 1987.

8 Vgl. z.B. Granovetter 1985.

Befragten.“ (Kohli u.a. 1989, 57) Zugleich unternehme ich neben der Konzentration auf Einzelfälle auch eine zusammenfassende Darstellung der Interviews, die vom Einzelfall absieht und thematische Schnitte unter Berücksichtigung aller Interviews legt. (Vgl. Kohli u.a. ebd.; Wierling 2002)

2. Die Stadt Wurzen

Warum ausgerechnet Wurzen? Was ist an dieser Stadt so besonders, dass ich sie für eine Gemeindestudie ausgewählt habe? Diese Frage wurde mir seit Beginn meiner Gemeindestudie immer wieder gestellt! Erstaunt zeigten sich nicht nur Leser und Kollegen aus den alten Bundesländern, die von diesem Ort bis 1990 noch nie gehört hatten, sondern vor allem auch die Wurzener/innen selbst. Sie konnten es sich nicht erklären, warum sich eine westdeutsche Soziologin über Jahre hinweg gerade für ihre Stadt interessierte. Bei meiner Ankunft in Wurzen waren die Leute daher oft auch ein bisschen misstrauisch, als ich ihnen von meinem Vorhaben erzählte: „Da haben Sie sich ausgerechnet Wurzen ausgesucht, dieses ‘drecksche’ Nest? Was ist denn daran interessant? Sehen Sie sich doch mal die Häuser und Straßen an! Na, ja, wenn mal ‘nen bisschen was dran gemacht würde, dann könnte es ja ‘ne ganz schöne Stadt sein.“ Mit der Möglichkeit, dass dies jemals passiert, wurde und wird aber offenbar nicht gerechnet. Heute nicht und damals nicht. Denn, so brachte es der ehemalige Bürgermeister von Wurzen auf den Punkt: „Wurzen beginnt mit W. und steht im Alphabet ziemlich am Ende. Und wahrscheinlich ist das bei der Verteilung (der staatlichen Mittel, C.S.) auch so, haben wir immer gesagt.“ (Horst Haber⁹, geb. 1927, bis Mitte 1990 Bürgermeister in Wurzen) Die gewerbliche Wirtschaft in Wurzen ist schon vor dem Kriege durch das Übergewicht kleiner und mittlerer Betriebe geprägt gewesen und blieb auch in der DDR bis zuletzt ‘verdeckt’, klein- und mittelständisch. Die größten Betriebe im Kreis Wurzen hatten lediglich ca. 1.500 Beschäftigte. Der frühere Vorteil einer differenzierten mittelständischen- und Kleinindustrie geriet für Wurzen zu DDR-Zeiten jedoch, wie ich zeigen werde, zu einem erheblichen strukturellen Nachteil. Die Tatsache, dass Wurzen durch die 1952 erfolgte Verwaltungsreform den Status einer Kreisstadt im damals neu geschaffenen Bezirk Leipzig erhalten hatte, änderte daran nichts.

3. Gemeinschaft als Gesellschaftsprojekt – das politische Programm

Ein zentraler Bezugspunkt innerhalb der sozialistischen Ideologie und der damit verbundenen Politik war eine Gemeinschaftsutopie, die über eine Politik der Entdifferenzierung und Kollektivierung zu einer klassenlosen Gesellschaft führen sollte und in hohem Maße über eine gemeinsame, verbindliche Moral legitimiert wurde (vgl. auch Meuschel 1992, 100 ff. sowie 189 ff.) Ziel war „... die klassenlose Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und alle Mitglieder der Gesellschaft sozial gleichgestellt sein werden, in der alle Mitglieder der Gesellschaft ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten allseitig entwickeln und zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen.“ (SED 1981, 105) Die Arbeiterklasse galt in diesem

⁹ Bis auf die ausdrücklich genehmigte Ausnahme von Frieda Sternberg als Person des öffentlichen Lebens sind alle anderen Namen anonymisiert. Die Personen wurden von mir nach dem Berufs- und Wirtschaftsbereich, dem sie zuletzt in der DDR angehört haben, gruppiert.

Prozess als die politische und soziale Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts und zahlenmäßig stärkste Klasse. Ihre Interessen standen nach dem Verständnis der Partei stellvertretend für die Grundinteressen des ganzen Volkes. Die vollständige Interessenidentität in der Gesellschaft war nach offizieller Staatsdoktrin dann erreicht, wenn jeder Mensch, indem er die gesellschaftlichen und politischen Erfordernisse erfüllt, zugleich seine eigenen Bedürfnisse befriedigt. Die SED verstand sich als Avantgarde der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes, die die historische Mission hatte, die Gesellschaft in diesem Sinne politisch zu führen, zu erziehen und zu organisieren. Auf der Grundlage, dass „die Ausbeutung des Menschen ... für immer beseitigt“ sei, galt die Verteilung der Einkommen nach Leistung (Art. 2, Abs. 3). Die Arbeitsproduktivität sollte vor allem über technologische Innovationen und die Stimulierung der Arbeitsmotivation (über moralische Appelle und eine verbesserte Versorgung) erhöht werden können (Weinert 1995, 287). In einer solchen Gesellschaftsordnung treten die Menschen immer als Mitglieder von Kooperationsgemeinschaften auf, in denen alle nach ihren Fähigkeiten und Kräften dazu beitragen, den gemeinsamen Bedarf zu decken. Der Bedarf der Bevölkerung wird über eine staatliche Bürokratie politisch eingeschätzt. Die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit sollten unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips,¹⁰ der „individuellen materiellen Interessiertheit“ und über politische Entscheidungen verteilt werden.

Arbeitsbegriff und die Kollektivität waren in der Ideologie der SED also stark normativ aufgeladen: Arbeitswille und -motivation hatten in erster Linie Ausdruck richtigen politisch-moralischen Bewusstseins zu sein und sollten zum ersten Lebensbedürfnis werden. Losungen wie: „Jeder jeden Tag mit guter Bilanz“ oder „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“, die in den Arbeitsräumen oder an den Fassaden von Fabriken hingen, verdeutlichen das sinnfällig. Solidarität und Altruismus sollten sich im Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen in der Arbeitswelt oder darüber hinaus nicht einfach nur als eine gegenseitige Solidarität äußern, sondern immer zugleich zum Wohle des Ganzen erfolgen. Aber nicht nur die Moral und rationale Einsicht in die Richtigkeit des sozialistischen Programms wurden betont, sondern darüber hinaus immer auch die Notwendigkeit emotionaler Bindungen zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft. Die Menschen sollten im sozialistischen Staat durch ein Gefühl des gegenseitigen Wohlwollens, der freiwilligen Verantwortung füreinander und der Freundschaft verbunden sein. Sie sollten sich zu den politisch-moralischen Zielen und dem Staat nicht nur „bekennen“, sondern sich auch emotional, gefühlsmäßig identifizieren. Dazu sollte vor allem praktisches Erleben beitragen, das über vielfältige Inszenierungen des Gemeinschaftslebens gefördert werden sollte. Solidarität untereinander sollte vor diesem Hintergrund nicht nur Hilfe, sondern auch „Herzessache“ sein.

Sozialistisch arbeiten, lernen und leben, das hieß vor allem, in Kollektive integriert zu sein oder, zugespitzt formuliert: die Erziehung des Einzelnen im Kollektiv, durch das Kollektiv zum Kollektiv. Kollektive hatten immer mehrere Funktionen: Sie sollten auf den Einzelnen erzieherisch bildend, sozial integrierend, kontrollierend und vor allem auch leistungsfördernd bzw. -bewertend wirken. Kollektive galten als kleinste Einheiten im Staatsaufbau und bestanden in verschiedenen gesellschaftlichen

10 D.h. Einkommen über Arbeit und den sozialistischen Wettbewerb der Kollektive als umfassendste Form der Masseninitiative der arbeitenden Bevölkerung.

Bereichen (Produktion, Schulen, Organisationen, Kultur usw.). Das sozialistische Kollektiv war der Konzeption nach immer arbeitsteilig und hierarchisch strukturiert, also keineswegs eine Gemeinschaft der Gleichen. Als gleich galten die Angehörigen eines Kollektivs hinsichtlich des Eigentums an Produktionsmitteln, nicht aber in Bezug auf Aufgaben, Qualifikation, Entscheidung und Leitung. Geleitet wurde das Kollektiv von einem Brigadier, der mit einem Vorarbeiter, Abteilungsleiter oder Kolonnenführer vergleichbar war. Es galt das Prinzip der Chancengleichheit unter besonderer Förderung der Schwachen in der Gesellschaft nach dem Motto: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Die Solidarität der Kollektivmitglieder mit ihrem Arbeitskollektiv hatte nach dem offiziellen Verständnis stets zwei Seiten: Sie erschien zum einen als sachliches und emotionales Verantwortungs- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollektivmitglieder in Bezug auf die einzelnen Mitglieder, zum anderen als wechselseitige Verpflichtung: „Einer für alle – Alle für Einen“.

4. „Wir mussten uns langsam dran gewöhnen“ – Die Jahre 1945 bis 1961

In den Jahren 1945-1961 wurden die gesellschaftlichen Veränderungen vielfach mit Gewalt, Enteignung und politischer Verfolgung durchgesetzt. Allerdings erfolgten die Umstrukturierungen nicht gleichzeitig, sondern in bestimmten Etappen. So blieben in den fünfziger Jahren private Handwerksbetriebe sowie klein- und mittelständische Unternehmen entweder noch völlig selbständig oder konnten mit Beteiligung des Staates von den Besitzern bis in die sechziger Jahre weitergeführt werden. Bis zum Bau der Mauer ließen viele Menschen Verwandte, Eigentum, Freunde und Heimat zurück, weil sie für sich und ihre Kinder unter den kommenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR keine Perspektive mehr sahen. Während die einen aus der Gefangenschaft und dem Krieg heimkehrten, verließen andere ihre Heimat für immer. Politisches Widerspruchspotential konnte vor 1961 noch durch erhebliche Abwanderung verringert werden (Hirschman 1992). Meine Perspektive ging jedoch vom Blickwinkel der Gebliebenen aus und fragte Überzeugte, Mitläufer, Kritiker, Gegner, Andersdenkende und Opfer des Systems, warum sie in der DDR geblieben sind und sich der staatlichen und politischen Macht gefügt haben.

In Wurzen, das damit im sowjetisch besetzten Gebiet lag, stauten sich in den ersten Monaten nach Kriegsende täglich ca. 20.000 Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem Ausland (Ungarn, Tschechei, Österreich). Dazu kamen Tausende von ehemaligen Kriegsgefangenen, „Fremdarbeitern“ und befreiten Häftlingen aus den Konzentrationslagern. Abgesehen davon, dass der Kreis Wurzen für die meisten Vertriebenen, die aus den Gebieten und Ländern östlich der Oder und Neiße kamen, von vornherein reine Durchgangsstation nach Westen oder in andere Gebiete der sowjetischen Besatzungszone war, bot sich für einen beachtlichen Teil der Flüchtlinge auch die Möglichkeit zu bleiben. Häufig handelte es sich auch gerade nicht um einen bewusst gefassten Entschluss, sondern mehr um zufällige schicksalhafte Konstellationen und Ereignisse, die ein „Hängenbleiben“ bewirkt haben.

Die durch den Krieg auseinander gerissenen und geschwächten regionalen Verwandtschafts- und Nachbarschaftsverhältnisse begannen sich langsam zu regenerieren, aber es entstanden durch das Sesshaftwerden von Flüchtlingen auch neue lokale Gemeinschaften. Was den neuen politischen Anfang und Gesellschaftsaufbau betraf, so hofften selbst Kritiker zunächst noch auf Möglichkeiten einer überparteilichen und

toleranten Gesellschaftspolitik. Der Superintendent der evangelischen Kirche erinnert an die breite Basis, die die Idee einer sozialistischen Menschengemeinschaft vor dem Hintergrund der verheerenden Folgen des Nationalsozialismus damals gehabt hätte. Das Ideal einer Gesellschaft als harmonischer Gemeinschaft sollte nach den gescheiterten Erfahrungen des Nationalsozialismus, die dieses Ideal missbraucht hatten, nun endlich Wirklichkeit werden:

Es ist nicht so gewesen, dass Christen nur skeptisch gewesen wären, sondern es haben sicher eine Menge Leute am Anfang gedacht, es könnte etwas Gutes werden ... durch das Engagement, im Programm natürlich, für Frieden, Gerechtigkeit Sozialismus im eigentlichen Sinne des Wortes vom Sozialen her gedacht, aber auch um nach dem Niedergang des Nationalsozialismus und dieser betrogenen Menschengemeinschaft in diesem Land einen wirklichen Neuanfang zu machen, und zwar auf breitester Basis.

Eine ehemalige Handelslehrerin, Jutta Pfeil, geb. 1935, erklärte mir ihren Eintritt in die SED und die Bereitschaft zu Gewerkschaftsbeiträgen mit ihrer Erfahrung von Krieg, Vertreibung und gegenseitiger Hilfe.

Also für mich ist „Nie wieder Krieg!“ das stärkste gewesen, weil ich den Krieg derart erlebt habe ... Und wir wurden ausgesiedelt 1947 im Januar ... und so landeten wir hier in Wurzen. ... Und wir kriegten da auch ein Zimmer zugewiesen, das werde ich auch nie vergessen ... auf Zuweisungsschein ... meine Mutter stand mit uns dreien da vor der Tür, und die Frau, der die Wohnung gehörte, die öffnete dort die Korridortür ... na, dass sie nicht begeistert war, das konnte man sich ja denken ... Aber ich muss sagen, in diesen ganz schweren Stunden haben wir immer wieder Menschen gefunden, die in irgendeiner Weise Solidarität geübt haben, und deshalb war es auch für mich im nachhinein und bis zum heutigen Tage nie ein Problem, wenn ich also meinen Gewerkschaftsbeitrag bezahlt habe, das ich dazu auch eine Solidaritätsmarke genommen habe.

Auch wenn der „Antifaschismus“ und das politische Gemeinschaftsversprechen in den Interviews über alle Schichten hinweg vielfach hohe Anziehungskraft besaß, so war die Nachkriegszeit doch in erster Linie zunächst einmal eine Überlebens- und Aufbaugemeinschaft, in der neben gegenseitigen Hilfeleistungen zwar Neid und Konkurrenz nicht fehlten, aber dennoch der gemeinsame materielle und berufliche Neuanfang im Vordergrund stand. Der Einsatz für verbesserte Lebensbedingungen, die Suche nach einem Arbeitsplatz und der Wunsch nach sozialem wie beruflichem Aufstieg gehörten zu den wesentlichen Elementen des Alltags.

4.1 Erwerbstätige in der Landwirtschaft

Die ehemalige Landarbeiterin Frieda Sternberg,¹¹ die auf der Flucht aus Ostpreußen mit drei kleinen Kindern und ihrem invaliden Vater im Kreis Wurzen ankam, hatte die Flasche Schnaps nicht, für die damals die Russen die Flüchtlinge über die einzige

11 Zur Geschichte von Frieda Sternberg vgl. Schlegelmilch 1996a.

Behelfsbrücke über die Mulde in den amerikanischen Sektor ließen. Sie blieb als Landarbeiterin auf einem großen Gut in Canitz (Kreis Wurzen) und begann sehr schnell damit, sich zunächst gewerkschaftlich, dann politisch – als Mitglied der SPD – für die Flüchtlinge einzusetzen, die bei der Verteilung von Lebensmittelkarten benachteiligt worden seien. Obwohl ihr Vater ein überzeugtes Mitglied der KPD gewesen ist, habe ihr die SPD damals näher gestanden als die KPD, bekennt sie. Die Mitglieder der SPD, die sie kannte, hatten häufiger eigene schmerzliche Erfahrungen mit dem Hitler-Regime (z.B. KZ) mitgebracht und sich weit mehr als Leute der KPD für die ökonomische Gleichstellung der Vertriebenen eingesetzt. Die Vereinigung der beiden Ortsgruppen SPD und KPD zur SED im Jahr 1946 lief in Canitz nicht ohne Probleme ab:

Und da wurde 1946 die Partei gegründet, die SPD mit der KPD zusammengeslossen, da war ich auch da, bloß mal ein Beispiel politisch gesehen, mein Vater war KPD und ich war SPD, ich bin nicht in die KPD gegangen, weil die fünf KPD-Menschen dort diejenigen waren, die wirklich nicht gut für die Menschen waren ... in Canitz, der SPD-Mann, kam aus dem Konzentrationslager ... und hat sofort 31 Leute gekriegt, auch mich. Wir haben gesagt, sozialdemokratische Partei, jawohl, in die SPD da gehen wir. SPD und KPD wurde dann vereinigt '46. Wenn ich da heute so zurückblicke, da ist so vieles Wahres dran, was wir nicht geschrieben haben in der Geschichte, was wir alles verdrängt haben, das stimmt, wenn viele hier sagen, die Geschichte ist verdrängt. Ein Beispiel, die Frau Haase aus Wurzen und der Mockerbubi aus Wurzen waren SPD-Funktionäre, damals war ich ja ein junger Mensch ... die hatten Redeverbot, weil die gegen den Zusammenschluss waren. Und als wir dann dort saßen ... in dem Canitzer Kleingasthof, da haben sich der Vorsitzende von der KPD und der Vorsitzende von der SPD nicht die Hand gegeben. Aber ... der Zusammenschluss musste ja getätigt werden, weil der mit Grotewohl oben schon besiegelt war. Und da wollte niemand den Parteisekretär mehr machen. Und da sagte mein Vater, mein Kind, das musst du dann machen. Das geht nicht anders. Und da habe ich dort den Parteisekretär gemacht. So war der Zusammenschluss.

Von diesem Zeitpunkt an nahm die berufliche und politische Entwicklung Frieda Sternbergs einen konsequenten und zunächst sehr raschen Lauf. 1948 wurde sie Mitglied der SED-Kreisleitung, 1950 Kreistagsabgeordnete und ein Jahr Vorsitzende auf einem etwa 30 ha großen Gut eines republikflüchtigen Bauern. Kurz nach dem II. Parteitag der SED im Juli 1952, in der die „freiwillige Vorbereitung des Sozialismus auf dem Lande“ durch die Kollektivierung der Landwirtschaft beschlossen worden war, gründete sie zusammen mit sechs Landarbeitern bzw. Arbeitern die LPG „Ernst Thälmann“ Wurzen-Bennewitz und wurde zur Vorsitzenden gewählt. Ihr inzwischen aus dem Krieg zurückgekehrter Ehemann und ihr Vater bildeten zusammen mit ihr die Parteiorganisation. Vor dem Hintergrund der Armut in ihrer Kindheit war sie damals der Überzeugung: „Sozialismus ist, wenn jeder zu essen hat“.

Wir wollten jedem helfen, wir wollten das Soziale, den Sozialismus so aufbauen, dass jeder sein Brot hat, dass jeder sein Essen hat. Dieses Bedürfnis war in

uns, weil ich auch so erzogen war, dass nicht einer einen großen Berg Millionen hat und der andere muss hinten laufen und muss sich sein Stückchen Brot verdienen. Ich bin ja aus Ostpreußen, das haben wir ja erlebt. Meine Mutter hat gearbeitet in einem Gut und ein Stückchen Brot nach Hause gebracht, dass wir was zu essen hatten. So haben wir in Ostpreußen gelebt. Ja, und das war doch verinnerlicht. Und das wollten wir abschaffen. Das war eigentlich mein Sozialismus. Und haben auch immer gedacht, Mensch, das muss ...

Die ersten Jahre der LPG verliefen für Frieda Sternberg, was die Rentabilität des Wirtschaftens und die Gewinnung neuer Genossenschaftsmitglieder betraf, erfolgreich, und nur so kann sie sich erklären, warum man sie auf dem IV. Parteitag der SED im Jahr 1954 zum Kandidat des ZK der SED gewählt hatte:

Ich war selber erschrocken, ja. Ich saß gerade auf der Fuhre beim Heuladen, als dem Paul Werner seine Frau zu mir unten kam und wollte sagen, ich soll Kandidat ... da wusste ich gar nicht, was das ist. Und da musste ich nach Berlin. Da war dort eine Kommission, die da nun prüfte, wer da rein kam. Die erste Frage war, so, geboren in Ostpreußen ... ich sage, ja, ... und '45 hier nach Canitz. Ja, und ... Mitglied der SPD. Wann bist du in die SPD eingetreten, das war die erste Frage ... Und da kam ich dann gleich auf den Zusammenschluss. Ich sage, wissen Sie, wenn ich damals nicht da gewesen wäre, hätte sich die SPD und die KPD gar nicht die Hand gegeben. Da zuckten sie. Es war wirklich so. Wir waren fast 30 Mann von der SPD und fünf Mann von der KPD.

Die SPD-Genossin Frieda Sternberg, die sich gegen ihre innere Überzeugung mehr aus einem Pflichtgefühl dem Wunsch ihres Vaters beugte, stand mit ihrem Unbehagen beim Zusammenschluss der SPD mit der KPD nicht allein. Auch andere Gesprächspartner/innen, die aus einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus kamen oder der SPD angehört hatten, standen der SED kritisch gegenüber. Doch es gab auch überzeugte Stimmen, die glaubten, dass nur die Einheit der Arbeiterklasse in einer Einheitspartei verheerende Entwicklungen wie Krieg und Nationalsozialismus in Zukunft verhindern könnten.

Die Kollektivierungspolitik in der Landwirtschaft,¹² die Ende der fünfziger Jahre mit stärkerem politischen Druck und höheren Abgabeverpflichtungen an den Staat durchgesetzt wurde, hatte für die einzelnen sozialen Schichten sehr unterschiedliche Konsequenzen und wurde nicht nur von alteingesessenen Bauernfamilien als Verlust ihrer Selbständigkeit und ihres Vermögens erfahren, sondern auch von vielen Neubauern, die in den ersten Jahren erfolgreich gewirtschaftet hatten. Frau Rösler, Jg. 1947, eine ehemalige Köchin in der Kantine der Kreisverwaltung und zur Zeit des Interviews dort als Reinemachefrau tätig, berichtet, dass ihre Familie 1945 aus Schlesien fliehen musste, sie aber durch einen eigenen Pferdewagen mit zwei Pferden den

¹² Im August 1945 ist auf Länderebene die Enteignung aller landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 100 ha erfolgt (vgl. auch Storbeck 1964, 175). Dieses Land wurde in Form von sog. Neubauernstellen zunächst an Landarbeiter und Flüchtlinge verteilt. 1952 folgte dann in bestimmten Etappen die Kollektivierung aller landwirtschaftlichen Flächen zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG).

anderen Flüchtlingen gegenüber im Vorteil gewesen seien. 1952 haben ihre Eltern eine Neubauernstelle in der Nähe von Wurzen übernommen.

Der hatte das Haus im Stich gelassen, ist nach dem Westen rüber und meine Eltern haben das herrlich ausgebaut ... da hatten wir dann schon drei, vier Pferde ... Mein Vater hat dann hier so Ausstellungen mitgemacht, in Markkleeberg, das war die Landwirtschaftsausstellung, da hat er durch seine Pferdezucht viele erste Preise gehabt und hat auch hier direkt Pferdezucht betrieben, und das hat auch dazu beigetragen, dass wir viel Maschinerie kaufen konnten, was die anderen praktisch noch nicht hatten.

1959 in die LPG eintreten zu müssen hätten die Eltern als „ganz großen Nieder-schlag“ empfunden,

denn wir hatten uns praktisch gut hochgearbeitet und mussten alles hingeben für nichts und wieder nichts. ... Und mein Vater war mit einer der letzten von den Neubauern im Dorf, der in die LPG gegangen ist. Also da gab es tüchtige Auseinandersetzungen.

Später lehnte Frau Rösler aus diesen Erfahrungen heraus sowohl eine Mitgliedschaft in der SED als auch in der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft ab. Land- und Industrierarbeiter sowie einige wirtschaftlich schwächere Neubauernfamilien urteilten dagegen oft positiv über die Kollektivierung und entschlossen sich schneller zum Schritt in die LPG. So auch Frau Sitek, geb. 1929, die in den fünfziger Jahren in der LPG der Vorsitzenden Frieda Sternberg als Landarbeiterin begann. Zuerst habe sie „geschimpft“, als ihr Vater nach dem Krieg eine sog. „Neubauernstelle“ angenommen hat, „weil, das war eine alte Lehmhude, und ach, das war unmöglich dort“. Aber dann hatten sie es sich doch „schön eingerichtet, und es war eigentlich dann auch nicht schlecht“. Als sie ihren Mann, einen Vertriebenen aus Schlesien, kennen lernte und dieser die Neubauernstelle ihres Vaters weiterführte, da sei das Wirtschaften schwieriger geworden: „So, mit Soll abgeben und so, jedenfalls kamen wir dort auf keinen grünen Zweig.“ Sie hatte es

dann satt, und da haben wir uns andere Arbeit gesucht. Und ich hatte eine Cousine auf der ehemals Kreisleitung in Wurzen, und die hat mir dann Arbeit verschafft in der LPG Bennowitz. Und da brauchten sie nun ... hauptsächlich welche für den Stall, und so haben wir im Kuhstall angefangen. Ja, dann traten sie an uns ran, ob wir nicht gewillt sind, in der Partei mitzuhelfen, direkt hier von der Kreisleitung, der Sekretär für Landwirtschaft hat doch das alles für uns gemacht, und da haben wir auch nicht nee gesagt. Da haben wir gesagt, die haben uns geholfen, da gehen wir mit.

Die Loyalität zum Staat und zur SED aus Dankbarkeit, wie sie in der Schilderung von Frau Sitek zum Ausdruck kommt, musste jedoch nicht unbedingt in eine Mitgliedschaft in die SED münden, sondern es konnte bei hoher Leistungsbereitschaft bleiben, die eine politische Einbindung abwehrte. Dann war man nur froh, „sein Auskommen“

gehabt zu haben, und erinnert sich nicht ohne Stolz an die Aufbauzeit mit dem Satz: „Wir kannten damals nur die Arbeit.“

Wolfgang März, geb. 1921, der nach 1945 zunächst noch als selbständiger Bauer gewirtschaftet hatte und später als Traktorist, Kranfahrer und Berechnungswärter in der LPG von Frieda Sternberg gearbeitet hat, erklärte mir, dass die Politik der Kollektivierung in den Dörfern meist nicht unter politischen oder ideologischen Aspekten diskutiert wurde, sondern vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher ökonomischer Ausgangsbedingungen bei den Beteiligten Zustimmung oder Ablehnung fand. Die unterschiedlichen Haltungen zur Kollektivierung hätten damals das dörfliche Zusammenleben belastet. Alteingesessene Bauernfamilien erlebten die Kollektivierung nicht nur als Verlust ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit, sondern durch die Einführung neuer Arbeitsformen und -techniken auch als kulturellen Verfall in der Landwirtschaft. Ludwig Viehwege, geb. 1934, aufgewachsen auf einem großen Bauernhof am Rande von Wurzen und zur Zeit der DDR als Leiter einer Bullenmastanlage einer LPG tätig, war 26 Jahre alt, als sein Vater, ein alteingesessener Bauer, der LPG beigetreten und „fast dran zerbrochen“ ist. Mit dem Beginn des „Sozialistischen Frühlings“ ist nach Meinung von Herrn Viehwege die gewachsene dörfliche Gemeinschaft zerstört worden.

Dann '60, wo das gemeinsame Arbeiten anfing, da sind wir uns miteinander auf den Geist gegangen ... Erst hatte jeder seine Selbständigkeit. Da ist auch, wenn man am Tag alleine auf dem Feld ist ... das Verlangen, sich auszutauschen. Aber wenn man den ganzen Tag zusammen draußen gearbeitet hat, da hat man kein Verlangen mehr abends, noch einmal zusammenzukommen. ... Und da ist die dörfliche Gemeinschaft kaputtgegangen.

4.2 Erwerbstätige in Industrie und Handwerk

Nach dem Volksentscheid in Sachsen vom 30.6.46 entstanden unter sowjetischer Verwaltung die ersten volkseigenen Betriebe in Wurzen. Einem Teil des Mittelstands und kleinen Gewerbetreibenden wurden ihre Klein- und Mittelbetriebe zunächst zurückgegeben. Diejenigen, mit denen ich sprach, bezeichneten sich als bodenständig. Sie hingen an den von den Vätern übernommenen oder gerade selbst unter viel Mühen gegründeten Unternehmen und hofften, dass im Zuge von Entstalinisierung und „Neuem Kurs“ eine Liberalisierung und Konsolidierung des Systems eintrete, die ihnen noch einen Rest unternehmerischer Initiative lasse. Drei mittelständische Firmenbesitzer erzählten mir, mit welchem persönlichen Einsatz und mit welcher Aufbruchstimmung sie nach 1945 entweder die von der sowjetischen Besatzungsmacht fast vollständige demontierten Betriebe wieder in Schwung gebracht hätten oder von einer hoffnungsvollen Neugründung. Alle drei stimmten darin überein, dass für sie damals ein Neubeginn im Westen keine Alternative gewesen sei, zumal es in den fünfziger Jahren noch eine vergleichbare schwierige wirtschaftliche Lage in Ost und West gegeben hätte. In einem Fall spielte auch das fortgeschrittene Alter eine Rolle. Entscheidend für sie war, dass sie ihren Betrieb, der schließlich auch ein Vermögen bedeutet und eine Existenzgrundlage geboten hat, aus der Familientradition und dem Gefühl der Bodenständigkeit nicht im Stich lassen wollten. Auch hätten sie damals noch nicht überblickt, was auf sie politisch und wirtschaftlich zukommen würde (vgl. Schlegelmilch 2005).

Wie in der Landwirtschaft, so war auch bei meinen Gesprächspartnern aus der Industrie und dem Handwerk in den fünfziger Jahren Aufbaustolz sichtbar, der unterschiedliche Haltungen zum SED-Staat beinhaltete. Herr Ehrlich, geb. 1926, bekennt sich zu seiner Mitgliedschaft in der Hitlerjugend und kommt daher zu dem knappen Fazit: „Ich habe mal etwas vereinfacht gesagt: Als Faschist sind wir weg und als Antifaschist sind wir zurückgekommen.“ In den Jahren 1953-1956 arbeitete er als Teppichweber in der Teppichfabrik und baute in Wurzen einen Fanfarenzug auf, der, wie er meint, der ganze „Stolz Wurzens“ war. Gleich nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft 1948 trat er in die SED ein, wie er sagt, „aus reiner Überzeugung, um unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat richtig mit aufzubauen“ Das sei für ihn damals selbstverständlich gewesen, und er glaubt, jeder hätte das damals getan. Die Ziele der SED sollten damals vor allem an die Jugend weitergegeben werden.

Ich hatte eine Jugendbrigade dort in der Teppichfabrik, die war sehr gut. Ich war dort wie ein Vorarbeiter, also wie ein Meister. Da musste ich den jungen Menschen das Handwerk (bestimmte Techniken, C.S.) erklären. Das war meine Aufgabe. Und da wurde ich aufgrund meiner guten Arbeit als FDJ-Klubhausleiter aufgenommen.

Der Stolz auf den neuen Fanfarenzug in Wurzen darf nicht außer Acht lassen, dass der Aufbau einer neuen sozialistischen deutschen Kultur die Institutionen der traditionellen Arbeiterkultur schrittweise verdrängte. Herr Kalk, geb. 1929, Sohn eines Musikers, erzählt, wie sein Vater nach 1945 schnell an seine Grenzen kam als er das kleine Musikunternehmen weiterführen wollte:

Das erste ... er hat seine Verbindungen wieder aufgenommen, zu Gastwirten. Und ich muss Ihnen sagen, bereits im November haben wir hier im Kreis das erste Musikvergnügen gespielt ... Es gab hier zwei Musikunternehmen: Rudolf Baier und meinen Vater. Die hatten früher auch zusammen gespielt. Es war eine gewisse Konkurrenz da. Wir sind uns nicht ins Gehege gekommen, mein Vater und Baier Rudolf. Und das ging eine ganze Zeit gut. Im Zuge der Sozialisierung, der sozialistischen Kulturrevolution, wurden die beiden Musikunternehmen kaputt gemacht. Mein Vater musste 1950 seinen Gewerbeschein abgeben. Abgeben! Also schriftlich. ... Da wurde in Wurzen eine Arbeitsgemeinschaft Wurzener Musiker gegründet.

Herr Moritz, geb. 1927, war vor dem Krieg im Polizeidienst beschäftigt und rechnete sich nach Kriegsende keine Chancen aus, diesen Beruf weiter auszuüben. Aber auch moralische Gründe hätten ihn von diesem Schritt abgehalten. Dem Gesellschaftssystem der DDR stand er stets distanziert gegenüber, was er zunächst mit einem Vergleich von HJ und FDJ illustriert.

Und meine Eindrücke vom Nationalsozialismus sind die, dass wir als Kinder, wo wir dann älter wurden, begeistert waren von dem, was uns geboten wurde. Pimpfe, Hitlerjugend, Fahrten und dann, alles Sport und die ganzen Veranstaltungen, das hat uns in einer gewissen Form begeistert. Es war, na ja, im Vergleich zur FDJ, es war mehr Zucht und Ordnung drinne, mehr Schmiss. Direkt,

wollen wir sagen, nazistisch oder nationalsozialistisch verbohrt war ich durch das Elternhaus nicht. Mein Vater war Sympathisant der SPD.

Nach Kriegsende begann Herr Moritz in der Schmiede seines Vaters, die er später übernahm. Dies hätte ihm immer seine „relative Freiheit erhalten“, und das meint er nicht nur in Hinblick auf seine soziale Stellung, sondern auch auf seine anderen gesellschaftlichen Werte:

Sonst wäre ich genau auch nur Herdenvieh geworden, auch wenn ich zur Polizei gegangen wäre und wäre meinerwegen in eine gute Stellung geraten, aber letztendlich wär' ich doch Teil der Herde gewesen ... Und eins hätte ich so und so nicht gekonnt, nicht dass ich ein Nazi war, aber meine Meinung von Gut und Schlecht in dem System, die konnte ich ja gar nicht wechseln. Die konnten mir doch nicht das, was ich an Negativem (in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft, C.S.) gesehen habe, wieder rundrehen.

5. „Das waren vielleicht die erfolgreichsten Jahre“ – Die Jahre 1961 bis 1971

Der Mauerbau, damit das Stoppen des Flüchtlingsstroms und das weitgehende Ausschalten der Systemkonkurrenz gelten als entscheidende Voraussetzungen für eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung der DDR und erhöhten den Druck, sich zu arrangieren. In der ersten Hälfte der sechziger Jahre begann sich die DDR zu einer Leistungs- und Konsumgesellschaft zu wandeln, verbunden mit vielfältigen Modernisierungs- und Reformanstrengungen. Diese mündeten 1963 in einer unter Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag eingeleiteten Wirtschaftsreform, dem Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.¹³ Unter der Ulbricht'schen Parole „Überholen ohne einzuholen“ kam es zu einer Modernisierung der Produktionsverfahren und einer gezielten Bildungsoffensive, in der besonders technisch-wissenschaftliche Berufe gefördert wurden, die eine qualifizierte technische Entwicklung, Leitung und Organisation garantieren sollten. Die auf Technik und Wissenschaft bezogene politische Reformkonzeption gab die Gemeinschaftsrhetorik nicht auf und versprach über den technischen Fortschritt eine weitere Annäherung der Klassen und Schichten als Basis künftiger sozialer Harmonie (Vgl. Meuschel 1992, 192 ff.). Aus Gründen der politisch-ideologischen Machterhaltung setzte jedoch in der DDR ab 1965 ein Rückwärtstrend im Sinne einer erneuten stärkeren Zentralisierung in der Wirtschaft ein. Walter Ulbricht wurde trotz einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik und eines durch die internationale Anerkennung der DDR gestiegenen Selbstbewusstseins des Staates am 3.5.1971 – offiziell aus Altersgründen – von der Funktion des Ersten Sekretärs entbunden. Sein Nachfolger wurde Erich Honecker (Weber 1991, 128).

5.1 Hauptamtliche Staats- und Parteifunktionäre

Unter den Funktionären aus dem Partei-, Staats- und Sicherheitsapparat, mit denen ich gesprochen habe, ist man sich in der Rückschau ebenfalls einig: In den sechziger Jahren ging es im Kreis wirtschaftlich und produktionstechnisch anfangs sichtbar aufwärts. Vor allem die staatsnahen Funktionsträger haben den Mauerbau damals als

13 Abkürzung: NÖS, vgl. ausführlich dazu Roesler 1990, 16.

notwendige Schutzmaßnahme befürwortet. Herr Reineke, gelernter Bäcker, der 1966 als Erster Sekretär der SED Kreisleitung nach Wurzen delegiert worden war, schildert mir zunächst die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile des Kreises:

Währenddessen viele Kreise im Bezirk Leipzig doch durch 'ne gewisse Einseitigkeit der Industrie gekennzeichnet sind – Kohle: Borna, Böhlen, Altenburg; Chemie: Eilenburg – ist Wurzen ja ein sehr breit gefächelter Kreis mit Industrie ... denn Wurzen hat ja alles. Von der Keksindustrie als großem Betrieb, Motorenwerk, die Steinbrüche, die Lampen, ... Konsumgüter, Filzproduktion, Maschinenbau, interessante Betriebe.

Und auch der Wirtschaftssekretär spricht von günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: „Der Kreis war geprägt von großem Glück, drei Alleinerzeuger in der damaligen DDR: Luftfilter, Wasserglas, Feuerfestbeton, usw., usw.“ Allerdings konnte dieses Wirtschaftsprofil nicht verhindern, dass der Kreis Wurzen von der zentralen Wirtschaftspolitik benachteiligt wurde. Der Grund war: Wurzen hatte weder strukturbestimmende Wirtschaftszweige noch große Industriebetriebe oder Kombinate. „Also wir konnten uns nie mit Borna vergleichen oder mit Altenburg. Sie wissen, Braunkohle war der Rohstoff Nummer Eins in der damaligen DDR.“ Städte mit solchen strukturbestimmenden Zweigen und Kombinat sind bei der Zuteilung der Mittel vom Politbüro immer bevorzugt worden. Darüber hinaus hätten Beziehungen eine wesentliche Rolle gespielt. Städte mit politisch einflussreichen Leuten in der Wirtschaft, z.B. solche, die Mitglieder im ZK gewesen sind, hätten für ihre Kommunen mehr herausholen können. Die Wurzenener/innen haben damit stets mit einem gewissen Neid auf den Nachbarkreis Grimma gesehen, der durch den Kombinatdirektor Wohllebe, zugleich Mitglied im ZK, in der Versorgung mit Wohnungen immer Vorteile gehabt hätte.

Da wurde eben in Grimma gebaut, bei Wohllebe,¹⁴ ... und da wurde eben in der Chemie und in der Kohle gebaut, und in Wurzen wurde nicht gebaut. (Volker Reineke, geb. 1920, bis 1986 Erster Sekretär der SED-Kreisleitung)

Aus diesem Nachteil heraus hätte Herr Reineke sich bereits in den sechziger Jahren beim Bezirkssekretär dafür eingesetzt, dass in den Gemeinden Initiativen unterstützt wurden, die in eigener Regie und in Feierabendtätigkeit zusammen mit den örtlichen Betrieben bauten.

Ich sage, gib ' uns Geld, und die Arbeiter bauen die Wohnungen nach der Arbeit. Da hat man mit den Betriebsleitern der 'Mafa', 'Wutra', Keksfabrik und mit den Baubetrieben ausgemacht, die stellen uns 'nen Kran, und in Naundorf haben wir mit dem Plattenwerk ausgemacht, die schicken auch welche hin, die die Platten bauen. So haben wir in Wurzen fünf Häuser, die die Arbeiter praktisch sich selbst gebaut haben. Nebenbei!

¹⁴ Gert Wohllebe war Generaldirektor des VEB Chemieanlagenkombinat Grimma und seit 1986 Mitglied des ZK der SED.

Zwei Wohngebiete seien auf diese Weise 1966 fertig gestellt worden. Die Wurzener Betriebsleiter hätten diese Aktionen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt, um Arbeitskräfte zu halten und junge Leute, denen man gute Wohnungen hätte bieten müssen, zu gewinnen.

Wirtschaftlich besonders stark war der Kreis Wurzen nach Ansicht von Herrn Reineke vor allem im Bereich der Landwirtschaft. Herr Dähnrich, geb. 1933, damals als Vorsitzender des Kreislandwirtschaftsrates tätig, sah nach der Einführung der Leitung nach dem Produktionsprinzip auf dem VI. Parteitag der SED den Vorteil, dass die Bauern wieder stärker selbst entscheiden konnten, was in ihrer LPG passierte.

Es wurde nicht alles vorgegeben, wie viel man anbauen musste, was anzubauen war, wie viel Tiere sind zu halten und was ist abzuliefern ... Also da war die Entscheidungsbefugnis auf diesem Gebiet im Territorium, vom Betrieb, mit dem Territorium noch größer. Da wurden dann die Kreislandwirtschaftsräte gebildet und die Produktionsleitung, die eigenständig Beschlüsse gefasst haben zur Entwicklung der Landwirtschaft im Territorium, zwar auch abgeleitet von Zentralen, aber die waren dann spezifisch zugeschnitten auf die Landwirtschaft. ... Übrigens würde ich für mich heute sagen oder für uns, das waren vielleicht auch die erfolgreichsten Jahre für die Landwirtschaft damals, weil da nach Fachwissen entschieden wurde.

Ende der sechziger Jahre sei die Leitung nach dem Produktionsprinzip leider wieder zurückgenommen worden und die Kreislandwirtschaftsräte seien in den Rat des Kreises integriert worden.

Als zweite wichtige persönliche Einflussgröße für die Landwirtschaft und indirekt auch für die gesamte Wirtschaft im Kreis nennt Herr Reineke die LPG-Vorsitzende Frieda Sternberg, die durch ihre politische Funktion als Kandidatin des ZK Beziehungen nutzen konnte:

Wenn wir mal was brauchten, dann haben wir Frieda Sternberg gesagt, Frieda nun sorg mal, und das hat die dann mit Leidenschaft gemacht. Da haben manchmal Minister zu mir gesagt, Mensch, deine Frieda fällt mir auf den Wecker, aber um Ruhe zu haben, geben wir eben die neuen Mähdrescher oder die Maschinen dorthin oder Traktoren, was da ausprobiert wurde. Das kam dann immer hier nach Wurzen.

Trotz Familie und Kindern gelang in diesen Jahren nicht nur Frieda Sternberg, sondern auch einigen anderen Frauen, mit denen ich sprach, über eine ständige Weiterqualifikation (häufig Fernstudiengänge) ein rascher beruflicher und politischer Aufstieg, z.B. als Mitglied der SED-Kreisleitung. Mit diesem Aufstieg waren widersprüchliche Entwicklungen verbunden. Für die Familie bedeutete die stärkere berufliche Einbindung der Frau nicht selten eine Belastung, die entweder zu einer Zerrüttung der Ehe bis zu einer Scheidung oder im Gegenteil zu einem noch engeren Zusammenhalt in der Familie führen konnte. Für alle, nicht nur für die Frauen, die es in die höheren Etagen der Partielite geschafft haben, stieg der Zwang zu politischer Konformität. Die ehemalige Kreisrätin für Kultur, Frau Manchow, geb. 1928, hat das Ende der sechziger Jahre am Beginn ihrer Parteikarriere bitter erfahren müssen: Als Tochter

einer „Lesefamilie“, war sie in den fünfziger Jahren gerade jung verheiratet und hatte eine Tochter geboren, als sie sich entschloss, beim Aufbau einer Gemeindebibliothek im Kreis mitzuhelfen und dafür begleitend ein Fernstudium zu absolvieren. Zugleich trat sie in die SED ein:

Der Aufbau ging doch zunächst an und für sich ganz gut vonstatten, und man konnte sich auch für die Sache einsetzen ... Und da ging ich aus völlig freiwilligen Stücken in die SED. Ich hatte weder eine Funktion, noch ..., nichts, gar nichts, ich war Hausfrau und dachte, hier könntest du deine Kraft mit einbringen.

Wenige Jahre später wurde sie Abgeordnete und stellvertretende Bürgermeisterin in ihrem Wohnort, ein Amt, das sie nur elf Monate ausübte, um einen erneuten beruflichen Aufstieg in die SED-Kreisleitung zu erleben:

Nach elf Monaten kam der Kreis und sagte, sie bräuchten jemanden, der für diesen Kreis Wurzen die Kultur macht, da habe ich natürlich ganz spontan gesagt, das könnte ich nicht, und das ist für mich eine Nummer zu groß. Na, wie das immer gesagt wird, wir helfen dir, und wir haben deine Arbeit eingeschätzt, und ich muss sagen, da habe ich gedacht, warum sollst Du das nicht Ich muss dazu sagen, die ganze Sache war nicht ganz uneigennützig. Zwischenzeitlich war meine Ehe so zerrüttet, dass ich dachte, damit hältst du den Lebensstandard, und damit kannst du deine private Misere regeln. Und das war also sicher unbedingt notwendig, dass ich dann noch mal Fernstudium machte an der Karl-Marx-Universität für Kulturwissenschaften. ... Als ich in Wurzen war, muss ich sagen, alle neuen Genossen, Unbeleckte, wie ich es ja noch war, die wurden irgendwie eingeschossen, dass man nicht mehr zuckte, das war schlimm, aber ich habe es am eigenen Leib erfahren und habe es dann wiederholt beobachten können in der Folgezeit.

Gleich zu Beginn ihres neuen Amtes vertrat sie im Rahmen einer geplanten Kunstausstellung in Wurzen die Ansicht, dass das Bild eines in Wurzen lebenden Künstlers von „nationaler Bedeutung“ einen Ehrenplatz erhalten sollte. Allerdings hatte dieser Künstler einen in Wurzen bekannten Straßenkehrer portraitiert:

Wilhelm hieß er, war Straßenkehrer und so am Rande des Asozialen, also ein bisschen trinken, mal bummeln, und mal auch auf der Straße auflesen, also so am Rande des Asozialen. Und dieses Portrait war zweifellos das beste Werk in der ganzen kleinen Ausstellung, es sollte einen Ehrenplatz haben. Aber das Portrait sollte nicht ausgestellt werden. Ich muss sagen, das begriff ich nicht, ich begriff's nicht. Und ich kriegte freundlich und eindringlich und immer schärfer gesagt, dass der Mensch nicht das Glanzstück der Ausstellung werden könnte, vielleicht, wenn er einen Brigadier gemalt hätte, wär' das sicher so geworden, das ist mir klar. ... Das ging soweit, dass ich vor die Kreisleitung und vor das gesamte Gremium bestellt wurde, und das sind ja immerhin zwölf Leute, und da wurde ich rund gemacht, dass ich weinend raus ging. ...später lernte ich die Taktik auch durchschauen.

Aus Furcht, die Position und das damit verbundene Gefühl von Macht und die Privilegien zu verlieren, fügte sich Frau Manchow fortan der geforderten Parteidisziplin, die nicht selten – so z.B. auch vom letzten Wirtschaftssekretär der SED-Kreisleitung, Herr Stein – wie eine zu enge Jacke empfunden wurde:

Es war immer so, wie wenn sie eine enge Jacke anhaben und sie möchten gerne raus. Das ging nicht, das ging nicht, das war eben die Parteidisziplin, die anerzogene.

Selbst wenn es auch auf dieser höheren politischen Ebene ebenfalls informelle Beziehungen und Unterredungen in Form der so genannten „Unter-uns-Gespräche“, wie z.B. die Kreisschulrätin sie bezeichnet, gegeben hat, so empfand ein Teil der hohen politischen Verantwortungsträger im Kreis, mit denen ich gesprochen habe, diese informellen Beziehungen überwiegend als distanziert, kühl und wenig vertrauensvoll.

5.2 Erwerbstätige in der Landwirtschaft

Frieda Sternberg beurteilt die Phase der sechziger Jahre bis Anfang der siebziger Jahre ebenfalls als erfolgreich und verbindet diese Entwicklung stark mit der Politik Walter Ulbrichts. Bei Ulbricht habe man noch selbständiger wirtschaften und die Produkte in eigener Regie verteilen können, da seien die Strukturen noch übersichtlicher und weniger zentralistisch gewesen, urteilt sie rückblickend. Der natürliche Kreislauf in der Landwirtschaft sei noch nicht zerstört gewesen. Seit 1963, so der LPG-Vorsitzende und Nachfolger von Frieda Sternberg, Fabian Erlebach, geb. 1948, hätten sich die Bauern mehr und mehr mit der Gesellschaft und der Tätigkeit identifiziert, weil „die dann plötzlich begriffen, dass es doch sehr viele Vorteile bringt“. Dazu gehörten technische Arbeitererleichterungen, geregelte Arbeitszeiten und „auch mal ein Tag frei“. Der bereits oben zitierte Wolfgang März hält das kollektive Leben in den Jahren zwischen 1960 und 1970 nach großen Anfangsschwierigkeiten ebenfalls für „die günstigsten Jahre der sozialistischen Zusammenarbeit“.

Für Frieda Sternberg war auch der eigene Haushalt – so könnte man zugespitzt formulieren – eine Suborganisation der LPG, die sich kaum von den anderen Funktionseinheiten unterschied. Das oberste Prinzip der Frieda Sternberg lautete deshalb auch für den privaten Bereich: Arbeitsdisziplin und Ordnung. Dies durchzusetzen sei nicht konfliktlos vor sich gegangen, nicht zuletzt, weil sie sich nicht an traditionelle Rollenklischees gehalten hätte und ihr Ehemann eine untergeordnete berufliche Position als Traktorist in der von ihr geleiteten LPG hatte.

Meinem Mann haben sie auch immer gesagt: Deine Frau hat die Hosen an. Darunter hat mein Mann auch gelitten. Zuletzt hat er sich damit abgefunden ... Und wenn mein Mann nicht so gutmütig (gewesen wäre, C.S.), ... da wäre es wirklich zum Krachen gekommen. Ich habe nicht eine glänzende Ehe geführt, also ich bin an meinem Geburtstag, auch an meinem Hochzeitstag, fast nie zu Hause gewesen. An meinem Geburtstag waren meistens Sitzungen und an meinem Hochzeitstag, am 8. Juni, war fast jedes Jahr AGRA¹⁵, und ich bin jedes

15 AGRA ist die Abkürzung für die regelmäßige Landwirtschaftsmesse in Markkleeberg, Leipzig.

Jahr 14 Tage bei der AGRA gewesen. Ich hatte meinen Hochzeitstag vergessen. Da standen Blumen auf'm Tisch, da war ich gar nicht zu Hause. Ich bin manchmal nachts nach Hause gekommen, und andern früh um sieben bin ich schon wieder fort.

Andererseits bot die Familie aber auch eine Absicherung ihres beruflichen und politischen Aufstiegs.

Zuerst war mein Vater da, mein alter Vater war ja ein alter Kommunist, der hat dafür gesorgt, dass die Wirtschaft in Ordnung war, dass mein Mann nicht schimpfen konnte. Und dann waren die Kinder groß, und dann haben es die Kinder übernommen. Abgewaschen und ... mir den Rücken gestärkt, dass ich das nicht machen musste. Dann Sonntag hab ich gewaschen und geplättet und gewirkt und gemacht, aber die ganze Woche haben die das gemacht, weil ich nicht dazukam.

5.3 Erwerbstätige in Industrie und Handwerk

Das Fortbestehen von kleinen und mittleren Privatunternehmen bis Ende der sechziger Jahre und die daran anschließende Politik der staatlichen Beteiligung bildete zunächst noch keinen Widerspruch zum „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“, da die Stärkung aller Wirtschaftsstrukturen noch Vorrang hatte. Zwar schimpften viele Komplementäre bereits über die „ochsige“ staatliche Wirtschaftspolitik und ständig neue Industriepreisreformen, aber eigentlich, so der damalige Betriebsdirektor und Komplementär des VEB Leuchtenbau, Herr Henze, hätte man sich gedacht:

Na gut, das ist keine schlechte Sache, da hat der Staat eine bestimmte Verantwortung mit, und das waren ja auch die goldenen Jahre, wenn Sie das so wollen, von 1958/59 bis 69. In den zehn Jahren glaubte man wirklich, nun ja, es geht hier echt aufwärts. Und wir haben ja da auch viele Investitionen bekommen ... haben den Betrieb angefangen zu erneuern ... Und diese kleinen Betriebe hier ... waren ja schnell am Markt. (Egon Henze, geb. 1921, Außenhandelsvertreter in 'seinem' verstaatlichten Betrieb)

Egon Henze, damals Eigentümer eines mittelständischen Betriebes, teilt im Interview die damaligen DDR-Bürger und Bürgerinnen in zwei Gruppen ein, eine Gruppe mit und eine Gruppe ohne Westkontakte. Die Gruppe ohne Westkontakte hätte sich nach dem Mauerbau relativ schnell integriert, die anderen „hatten Probleme“. Die zweite Differenzierung ergab sich durch die Generationszugehörigkeit. Einige jüngere Gesprächspartner/innen, die in die DDR hineingeboren worden sind und zudem keine Verwandtschaftskontakte im Westen hatten, sahen den Mauerbau vielfach wie Herr Keller als unvermeidliche Gegebenheit, in der man sich so gut es ging, einzurichten hatte:

Ja, wissen Sie, ich bin hier aufgewachsen, ... und man hat manches gar nicht so schlimm empfunden, wie es wirklich gewesen ist. Weil man nicht so direkt in Berührung gekommen ist. Und da ist es sogar so gewesen, dass man sich dann mit dem Vater ... angelegt hat, der dann sagte, die DDR ist das größte Kon-

zentrationenlager, was es auf der Welt gibt, eingemauert, eingestacheldrahtet. Da hat man immer gesagt, na ja, Opa, so schlimm ist es doch gar nicht, guck mal, wir können doch in die CSSR fahren auf Antrag und so. ... Und da hat man manches als Einsicht in die Notwendigkeit immer gesehen ... Und, was nützt dann, wenn du hier rigoros gegen den Strom schwimmst, die stellen dich bloß an die Wand. (Herr Keller, geb. 1938, technischer Angestellter)

Herr Lux war 20 Jahre alt, als die Mauer gebaut wurde, und „eigentlich noch zu dumm“ und zu „unschlüssig“ gewesen, um eine Entscheidung zu treffen, obwohl er 1961 sehr konkret über eine Flucht nachgedacht hatte:

Ich hatte ja schon damals meinen Kollegen gesagt, komm, jetzt geht es los, hatte Flugkarte schon rüber ... Na ja, jedenfalls kam dann die Mauer, dann war es vorbei. Meine Frau habe ich '65 kennen gelernt, na ja, dann ging das los mit der Armee, so, da haben wir '67 geheiratet, dann kam das Studium, und dann lief alles, und wenn du dann einmal dabei bist, eine Familie aufzubauen, die siebziger Jahre waren ja auch nicht schlecht so am Anfang ... die Unzufriedenheiten kamen dann Ende der siebziger Jahre. (Herr Lux, Abteilungsleiter Instandhaltung in einem VEB für Fördertechnik)

Trotz einer breiten Verstaatlichung des Handels durch die HO war der private Handel noch nicht völlig zum Erliegen gekommen. Auch die Bauern konnten in Wurzen damals noch auf einem eigenen Bauernmarkt ihre Produkte anbieten. Nach der langen Zeit der Lebensmittelkarten in den fünfziger Jahren war auch in der Kreisstadt eine deutliche Steigerung des Lebensstandards spürbar:

Bei Ulbricht waren die Läden noch voll, da brauchten wir nicht Schlange stehen ... da ging's wirklich mal bergauf ... wir hatten Ananas, frische Früchte in den sechziger Jahren. (Frau Christel Franke, geb. 1944, Leiterin des ehemaligen Intershops in Wurzen)

6. „Man glaubte, alles reglementieren zu können“ – Die Jahre 1972 bis 1989

Wie die sechziger Jahre werden auch die siebziger Jahre von meinen Interviewpartnern und -partnerinnen in zwei Phasen aufgeteilt. Während man bis Mitte der siebziger Jahre noch Entwicklungspotentiale gespürt hätte und das Konsumniveau befriedigend gewesen sei, so z.B. der damalige Bürgermeister Haber, hätte ab 1976 die Stagnation in der Wirtschaft begonnen und es sei im Kreis Wurzen zu erheblichen Wirtschaftsengpässen gekommen. Von den befragten Funktionären und Betriebsleitern werden vor allem zwei Entwicklungen dafür verantwortlich gemacht: Die weitere wirtschaftliche Zentralisierung in der Wirtschaft ab 1972, die den Städten Arbeitskräfte und Materialien entzogen hätte, und das zu teure Programm der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, das im Jahr 1971 auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossen worden ist. Dieser Befund korrespondiert mit bisherigen Untersuchungen, die im Rückblick auf die ökonomische Leistungsfähigkeit der DDR gezeigt haben, dass nach anfänglicher Wohlstandssteigerung in den fünfziger und sechziger Jahren, insbesondere aber durch den Bruch mit der Wirtschaftsreform der sechziger Jahre das erreichte Niveau

bereits seit Mitte der siebziger Jahre nur noch schwer gehalten werden konnte.¹⁶ Die weiteren Jahre waren durch ein wachsendes Missverhältnis zwischen den Anforderungen und der ökonomischen Leistungsfähigkeit in der DDR bestimmt. Seit den achtziger Jahren kam es zu einer deutlichen Verschlechterung auf der Ebene der Produktionstechnik und des Konsums, die sich in einer Kleinstadt wie Wurzen ganz besonders bemerkbar machte. Die Ende der achtziger Jahre empfundene wirtschaftliche Misere kulminierte in meinen Interviews immer wieder in dem Satz: „So konnte es nicht mehr weitergehen.“

6.1 Staats- und Parteifunktionäre

Das größte Problem im Kreis war aus der Sicht der verantwortlichen Funktionäre nach wie vor die Wohnungskapazität und die Bausubstanz der Industrie:

Uns wurden exakt vorgegeben Kennziffern, Investitionskennziffern und auch Baukennziffern. Und das ist die letzten Jahre soweit gegangen, dass das auch vorgegeben wurde für die einzelnen Ressorts ... Das ist auch ein Gebiet, das uns in den letzten Jahren hier beim Rat sehr stark beschäftigt hat, wir sehr viel gestritten haben, ich selbst auch, nicht nur einmal, in Einspruch gegangen bin beim Bezirk, weil erkennbar war, dass die Erfordernisse an das Bauen mit den Möglichkeiten, die uns eingeräumt wurden, nicht mehr in Übereinstimmung gebracht werden konnten, sondern immer mehr in Widerspruch zueinander geraten sind. Also der Bedarf war größer als die Möglichkeiten, dazu kam ja dann noch, dass kreiseigene Baukapazität abverfügt wurde nach Berlin, auch in die Bezirksstadt Leipzig, und das was übrig blieb, konnten wir dann im Kreis einsetzen. (Frank Dähnrich)

Obwohl der Erste Sekretär der SED-Kreisleitung, Herr Reineke, sich nach eigenen Worten schon in den sechziger Jahren für die Unterstützung von Initiativbauten in den siebziger Jahren einzusetzen begann, hat er seit den siebziger Jahren von der Seite des Bezirks immer härtere Kritik einstecken müssen. Andererseits war die kommunale Selbsthilfe immer dringender geworden.

Herr Schröder, der in dieser Zeit in der Abteilung Plankommission die „Territoriale Rationalisierung“ (beim Rat des Kreises) leitete, möchte

differenzieren zwischen echten Initiativbauten, wo wirklich in den Betrieben nachgesehen wurde, wo liegt Material rum, was nicht gebraucht wird, was kann eingesetzt werden, das Gleiche bei Räten der Gemeinden ... der Gemeindeverwaltung, wurde auch geguckt. Es gab echte Initiativbauten, wo alles zusammengeramscht wurde, um etwas auf die Beine zu stellen, aber es gab auch die reinste schwarze Investition, die unter dem Deckmantel des Initiativbaus dann gemacht wurde. Da wurde von anderen Baustellen das Zeug dann weggenommen. Und die Decke war zu kurz, an einer Seite konnte es nur reichen. (Gernot Schröder, geb. 1943)

Der damalige Wirtschaftssekretär Herr Wutschka, geb. 1927, spricht in diesem Zusammenhang von so genannten Kommunalverträgen, die nicht mehr mit den rechtli-

¹⁶ Siehe auch Meuschel 1992; Weinert 1995; Roesler 1995.

chen Mitteln des Planungs-, Bilanz- und Vertragsrechts zustande kamen, sondern auf Beziehungen zwischen Betrieben, Genossenschaften und kommunalen Einrichtungen zurückgingen. Der ehemalige Vorsitzende des Rates des Kreises, Herr Dähnrich, hebt ebenfalls die Bedeutung der Territorialisierung hervor:

Die Kommission Territoriale Rationalisierung hat sich ... insbesondere auch bei der Organisierung der kooperativen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Betrieben und Bereichen sehr verdient gemacht fürs Territorium. So ist beispielsweise – um eines der größten Objekte zu nennen – vor Jahren das gemeinsame Heizwerk in Wurzen entstanden, natürlich nicht umweltfreundlich, damals unter ganz anderen Vorzeichen, Ablösung Heizöl und dabei ist es uns gelungen, wir nannten es damals sozialistische Gemeinschaftsarbeit, ein Heizwerk zu errichten, das neben der Versorgung für zwei Industriebetriebe des Motorenwerkes in Wurzen ... gleichzeitig auch ... tausend Wohnungen mit Fernwärme versorgt werden konnten. (Frank Dähnrich)

Dennoch ging einigen Verantwortlichen der Stadt und einigen Mitgliedern des Rates des Kreises das Engagement des Ersten Sekretärs der Kreisleitung oder des Vorsitzenden des Rates des Kreises für Wurzen nicht weit genug. Schließlich soll es auch darauf angekommen sein, inwieweit die Mitglieder der SED-Kreisleitung, allen voran 'der Erste Sekretär', persönlich in der Lage gewesen seien, mit den Verantwortlichen des Bezirks Vorteile für die Stadt 'auszuhandeln'. Nach Meinung von Gernot Schröder, dem Vorsitzenden der Kreisplankommission, spielte ferner eine Rolle, ob

die obersten Bezirksleiter und der Rat des Bezirkes in die Kreise kamen und Feten feiern konnten ... Diese Kreise waren dann natürlich auch gut angeschrieben ... Hier hatte Wurzen ... nicht so den Zug drauf, solche großen Feten mit dem Bezirk zu feiern.

Neben den unentgeltlichen Kommunalverträgen und Schwarzbauten haben sich in den achtziger Jahren mehr als bisher, so mein Eindruck aus den Interviews, vielfältige schattenwirtschaftliche Aktivitäten auf einem grauen Markt herausgebildet, die mit unternehmerischen Verhaltensweisen insofern vergleichbar sind, als sie erhebliche Gewinnspannen beinhalteten und wesentlich mehr einbrachten als die regulären Einkommen am Arbeitsplatz. Den Vorteil, in legaler 'Feierabendtätigkeit' nebenbei Geld zu verdienen, hatten vor allem Leute, die von ihrer Ausbildung und ihrem Beruf her Erfahrung in der Landwirtschaft und im Handwerk hatten.

Abgesehen von materiellen Vorteilen konnten es auch persönlicher Ehrgeiz und der Wunsch nach gesellschaftlicher Anerkennung sein, die in besonderen wirtschaftlichen Eigeninitiativen zum Ausdruck kamen. Sie werden von den Betroffenen zugleich immer als Reaktionen auf die Behinderung eigener Leistungsansprüche durch das in ihren Augen zu starre und unproduktive Wirtschaftssystem verteidigt. Ich möchte kurz das Fallbeispiel des einstigen stellvertretenden Bürgermeisters für Planung beschreiben, der als SED-Mitglied zwar aus politischer Überzeugung gehandelt hat, aber dennoch in seinem Handeln bei der Parteibürokratie ständig angeeckt ist. Rudi Findig, dessen Eltern in den dreißiger Jahren ein Uhren- und Schmuckgeschäft gegründet hatten, hat sich in den achtziger Jahren als stellvertretender Bürgermeister

in besonderem Masse für historische Markttagge, große Stadtfeste und im Bereich der Territorialen Rationalisierung eingesetzt:

Also was können Betriebe außerhalb des Planes, also heimlich vom Vater Staat, für das Territorium tun. Da haben wir Sachen gemacht, da haben sich andere Betriebe nicht rangetraut, es ist immer gelungen, und damit hatte ich einen Namen, weil ich immer derjenige war, der das machte.

Neben seiner Haltung „ein bisschen Kapitalismus kann nicht schaden“ hatte er ein Heer von Beschaffern zur Verfügung:

Das ist die Vertragsabteilung eigentlich. So und da gab's einen Beschaffungsfahrer, der hatte ein Auto ... Verträge kriegt man nicht, also vorne rein, wieder rausgeflogen, also hinten rein, bis man einen fand, der das Material zur Verfügung stellte, weil in der Mangelgesellschaft ist es nicht so, dass es an allem mangelt, sondern es wird mangelhaft verwaltet. Und so haben wir also unseren Stahl oder unsere Werkstoffe, die wir brauchten, eben immer gekriegt, Werkzeuge auch. ... Und so hat sich da eine Clique gebildet, die eigentlich vom Sozialismus sehr gelebt hat und den ... sozialistischen Mangel für sich genommen hat. (Stadtrat Rudi Findig)

Rudi Findig hat ferner stets engen Kontakt zu den Betriebsleitern der großen örtlichen VEBs gepflegt.

Es kam drauf an, wo ich hinkam, half ich einem, dann hieß ich der „Minigorbi“, und hatte ich von den Betrieben mal wieder etwas Geld erpresst, weil ich wusste, wie viel sie hatten, vor allen Dingen die LPGen, dann hieß ich der „Maffioso“. Ich hatte eigentlich gute Erfolge gehabt, man hat mir das Zusammensammeln des Geldes und der materiellen Leistungen, die die Betriebe außerhalb ihres Planes für die Stadt brachten, völlig allein überlassen.

In seiner Erzählung kommt er immer wieder auf den Kern dessen, was ihn an seiner Tätigkeit am meisten geärgert hat: Die Vereinnahmung der durch ihn erreichten Erfolge durch seine Vorgesetzten, ohne seine Leistung und die der anderen, mit denen er kooperiert hat, anzuerkennen.

Wenn H. in Wurzen was verwirklichen wollte, irgendwelchen Scheiß, 40 Wohnungen bauen, ohne Stein ... oder ein neues Krankenhaus, das haben wir ja gemacht, ohne Stein und ohne Mark, dann hat der sich an (nennt sechs Namen von Betriebsleitern großer VEB in Wurzen, C.S.) gewandt. Und das war so eine Art Truppe. Und wenn man die zusammenhatte, haben die sich mit großer Sachlichkeit und mit verschmitzten Augen unterhalten, wie sie es machen. ... aber die haben sich sehr schwer getan, damit auch die Arschlöcher von Funktionären, zu dem die mich dann auch mitzählten, das war mir ja egal, begriffen, dass das hier kein Zuckerlecken ist, dass die also auch Verantwortung übernehmen. Das musste ja den Funktionären klargemacht werden, denn die

Funktionäre haben es ja in der Regel dann als ihr Werk verkauft. (Stadtrat Rudi Findig)

In seiner Position sah Herr Findig Freiräume, die er offensiv nutzte, um zum Beispiel historische Märkte zu organisieren und im Oktober 1986, zum Jahrestag der Republik, die 1025-Jahr-Feier der Stadt:

Die Stadt war ja fast schon ein Verwaltungsorgan, eine Exekutive, die Staatsmacht hörte eigentlich beim Rat des Kreises auf. Was nach unten kam, das war dann schon betrieblich ein bisschen, das war dann schon so als nachgeordnetes Organ des Rates des Kreises, der Stadt verpflichtet. Also wir konnten auch Sachen machen, die für den Rat des Kreises gut waren, von denen aber der Rat des Kreises nichts wusste, oder dem nichts entgegenstand. Das konnte man machen, Freiräume hatte man auch. (Stadtrat Rudi Findig)

Um einen historischen Markt auf die Beine zu stellen,

bin ich eben zu meinen Leuten aus der Landwirtschaft, und da haben wir eben Spanferkel gemacht. ... da bin ich in den Karosseriebau ... in die Möbelbuden gegangen, und da haben die solche Stände gebaut, und die Schlossereien, die haben eben die Grills gebaut, bezahlt werden konnte es ja, dass kein Geld da war, konnte man ja nicht sagen, war eigentlich immer da, aber keine Ideen, weil man sein Geld sowieso kriegte. Auch viele Stadträte, die jetzt noch in Amt und Würden sind, die hatten so viele Ideen wie 'ne leere Bierflasche. Und die betrachteten mich nun auch mit Neid. Und da hatte ich zwei Parteiverfahren wegen Selbstdarstellung.

Herr Findig, der sich dem Staat gegenüber aus seiner Sicht loyal verhielt und sich für die Gemeinschaft engagierte, kann sich die Verweigerung, seine Ideen anzuerkennen, nur mit Neid und Missgunst der anderen Partei- und Staatsfunktionäre erklären. Es ging nicht nur ihm so, dass erfolgreiche Aktivitäten Einzelner am Rande der Legalität als Gemeinschaftswerk vereinnahmt wurden und als Erfolge der SED verbucht wurden, während die eigentlichen Akteure vom Kuchen nichts abbekamen oder sogar, wie im Fall von Herrn Findig, zur Rechenschaft gezogen wurden. Herr Findig, der die politischen Ziele des Staates durchaus teilte, jedoch nicht bereit war, sich den Autoritäten und Regeln zu unterwerfen, gehörte zu den Leuten, die in der DDR nach Erfolg strebten und sehr leistungsorientiert waren. Die systemischen, bürokratischen Strukturen empfanden sie aber oft als unangemessen. Da sie nicht in der Lage waren, die Rollen zu spielen, die für den Erfolg nötig sind, waren Enttäuschungen und Außenseitertum vorprogrammiert. Solche ambivalent Engagierten gibt es in jeder Gesellschaftsorganisation (vgl. auch Presthus 1962), allerdings ist davon auszugehen, dass die auf Konsens und Disziplin gerichteten Strukturen der DDR für diesen Funktions-Typus eine ausgesprochen geringe Toleranzbreite aufgewiesen hat.

Herr Findig überwand jedes Mal seinen Ärger und schaffte es immer wieder, die kommunalen Betriebe an ihre „Sponsorenpflicht“ zu erinnern. Die Vorbereitung und Ausrichtung der 1025-Jahr-Feier der Stadt im Oktober 1986, die er ohne Parteauftrag zusammen mit Mitarbeitern und Betriebsleitern mit großem Erfolg vorbereitet und

koordiniert hat, war seiner Meinung nach auch das erste Fest, das in „größerem Maße entideologisiert war“. Nur so kann er sich den großen Menschauflauf und das entstandene Gemeinschaftsgefühl erklären, das weder ritualisiert noch bloßes Lippenbekenntnis gewesen sei, sondern Ausdruck einer kollektiven Identität mit der Region,

also die Freude, ... was Wurznerisches zu haben, sich mit der Heimat zu identifizieren. ... Ich hab sie doch gespürt zu der 1025-Jahr-Feier. Die Menschen sind doch nicht gekommen zu dieser Friedensmanifestation, um hier eine politische Veranstaltung (zu besuchen, C.S.) ... es ist auch keine geworden. ... 50.000 Menschen sind hier rumgerannt. ... es war irgendwie auch 'nen Zusammengehörigkeitsgefühl auch hier. Und das hab ich gemerkt, dass das die Menschen irgendwie brauchen ...

In der enthusiastischen Schilderung der damaligen großen Gemeinschaft erhält die kommunistische Ideologie von Herrn Findig den Status einer Konfession. Da das Bekenntnis zum Sozialismus eine allgegenwärtige Forderung von Staat und Partei war, hat er in dem von ihm sicher so nicht beabsichtigten Vergleich einen Grundzug des Herrschaftssystems der SED charakterisiert:

Ob da einer katholisch, evangelisch, kommunistisch oder was weiß ich nicht für einer Konfession angehörte, die waren alle da, und wir waren eben eine große Gemeinschaft hier. ... Und es stieg von diesem Zeitpunkt an die Bereitschaft der Betriebe, ihre Kombiatsleitungen zu bescheißen und hier in der Stadt mehr zu investieren. (Rudi Findig)

6.2 Erwerbstätige in der Landwirtschaft

Im Bereich der Landwirtschaft begann durch die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion (1972/73) und wenig später durch die Zusammenlegung von LPGs zu großen Kooperativen eine „überspitzte Arbeitsteilung“ (Bürgermeister Haber), die gleichzeitig die Verfügbarkeit über die selbst erwirtschafteten Mittel empfindlich schwächte. Da sei auch, so Frieda Sternberg, der natürliche Kreislauf der Natur zerstört und vom Staat immer mehr ‘reinregiert’ worden. Die LPG der Pflanzen- und Tierproduktion belieferten sich nicht mehr auf direktem Wege, sondern über den Umweg des Staates. Frieda Sternberg sieht hier den Beginn der Unzufriedenheit der LPG-Mitglieder:

Der Staat hat praktisch mit uns gewirtschaftet ... Bis in den Anfang siebziger Jahren konnten wir ja noch unser Zeug selber verteilen.

Dann seien die Strukturen immer unübersichtlicher geworden und die Entscheidungen immer mehr an höherer Stelle getroffen worden.

Was hier bereits anklingt, der Kampf, zumindest die selbst erwirtschafteten Mittel zu behalten und die Versorgung der LPG-Mitglieder sicherzustellen, hat Frieda Sternberg mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Beziehungen nach Meinung aller, die sie kennen, bis an den Rand ausgeschöpft. Für sie war das eine notwendige Überlebensstrategie der LPG, an der sie alle, die sie dazu brauchte, teilhaben ließ. Sie, die Kollektivwirtschaft und eine zentrale Leitung verteidigte, war dennoch von der Not-

wendigkeit überzeugt, bestimmte Schichten wie die ehemaligen Großbauern, parteilose Fachleute und noch existierende private Handwerksbetriebe in die Versorgungsstrategien einzubeziehen, weil sie auf das Wissen und die Hilfe dieser Gruppen angewiesen war. Bei der Bildung der großen Kooperativen hat sie den Bauern verantwortungsvolle, leitende Funktionen übertragen. Die Kollektivierung, so ihre Überzeugung, hat die Bauern in ihrer Haltung nicht anders werden lassen.

Die Bauern kriegten ihre Arbeit, die sie liebten. ... Sechs LPG-Vorsitzende habe ich dort übernommen, sechs LPG-Vorsitzende waren meine Leiter, ja, die waren alles große Bauern, und die konnten alle vielleicht mal mehr wie ich ... Der eine, der war Baubrigadier, der andere war Feldbaubrigadier ... Die wollten doch nicht nur den Trecker fahren, das ist doch klar, die haben doch ihr Leben lang auch regiert.

Als ehemalige Landarbeiterin, die in paternalistisch geprägten Sozialverhältnissen in Ostpreußen aufgewachsen ist und vom Vater Ideale der Arbeiterbewegung übernommen hatte, stand für Frieda „gut zu arbeiten und für alle zu sorgen“ immer stärker im Vordergrund als die große Politik. Wenn sie sich daran erinnert, dass ihre Mitglieder in schwierigen Situationen „wie eine Eins“ hinter ihr gestanden hätten, dann wird ihr von anderen ein starker Gemeinsinn bescheinigt, der über persönliche Vorteile und die manchmal auch als „Clan“ bezeichnete eigene große Familien hinausgereicht hätte. Frieda Sternberg kümmerte sich um Häuser, Wohnungen, Kindereinrichtungen, Strumpfhosen und Autos.

Als 1984 die Industriepreisreform kam, ja, 1982 habe ich das ja schon gewusst, da habe ich gesagt, wir müssen uns eindecken, dass die Heide wackelt, 1984 kriegten wir keine Maschinen, da kriegten wir keine LKWs, da kriegten wir keine PKWs mehr zu kaufen, und in Berlin hatte ich eine Abteilung ausfindig gemacht über das ZK da, die hat alles müssen für den Magistrat nach Berlin liefern hier, die verschlissenen Autos. Da habe ich gesagt, sage mal, da könnt ihr sie uns doch auch verkaufen. Da sagte der, na klar, können wir die euch verkaufen, wenn Ihr Geld habt. Ich sage, na klar, haben wir Geld. ... Hunderte PKWs und LKWs und Zugmaschinen, was da war, habe ich nach Wurzeln reingeschleppt. Das wurde bezahlt, nach Abschreibung, ganz korrekt. Die waren billig ... ja, was denn, ich sage, solange wie das geht ... Und da kam ich eben ran, nicht. Da kam nicht jeder ran ... Wir waren dadurch aber immer gut angesehen und überall beliebt. Überall wussten sie, dass wir nicht für uns allein kämpfen. Nicht, dass wir nicht Egoisten sind, dass wir nicht Konzern werden. Das hab ich ja unter Sozialismus verstanden, dass wir keine großen Gelder zusammenhäufen für einen und für die anderen, sondern dass wir wirklich sozial allen Menschen, die wirklich fleißig sind und arbeiten, dass wir für alle Menschen ein soziales Umfeld schaffen.

Die zuletzt in der LPG Ernst Thälmann tätige Parteisekretärin bezeichnet im Rückblick die Mitglieder der LPG in den siebziger Jahren als „verwöhnt“ und „zufrieden“:

... und gerade hier in Bennewitz, wir hatten ja nun alle sozialpolitischen Maßnahmen, und die Leute wurden gefahren auf Arbeit, und die kriegten kostenlos Essen, wir hatten alles praktisch, die Wäsche wurde gewaschen auf Arbeit. ... Die siebziger Jahre so, war es schön. Dort war auch der wirtschaftliche Aufschwung am größten. Ich habe das vom Kauf der Kindersachen bis hin zu den Problemen, die man in den Betrieben hatte, bis Ersatzteile und alles was dort ... lief das an und für sich relativ problemlos, und da waren auch die Menschen noch zufrieden, und gingen auch mit, mit der Sache. Und dann wurde die Unzufriedenheit in den achtziger Jahren von Jahr zu Jahr schlimmer, die Leute wurden ja immer missmutiger, es gab nichts, und sie konnten nicht verreisen, na ja, die ganzen Probleme, und die Technik wurde schlechter, also dieser Aufschwung, der mal in den siebziger Jahren war, der fehlte. Und so war auch die Stimmung der Menschen. (Waltraud Burmester, geb. 1951, Parteisekretärin)

Es sei für sie als Parteisekretärin schwer gewesen,

dagegen zu kämpfen und zu überzeugen, dass man doch mit guter Arbeit was machen kann ... und das habe ich immer gesagt, ... ihr sollt gar nicht die große Politik machen, das ist nicht unsere Aufgabe, sondern unsere Kollektive, dass wir uns hier vertragen, dass wir eine Arbeit machen, dass wir gute Produkte liefern, dass wir gutes Geld dafür kriegen, dass wir gut leben können. Das war immer meine Devise, hier im Kleinen.

Werner Säbsch, der vor der Kollektivierung einen großen Bauernhof bewirtschaftet hatte, kritisiert mir gegenüber die Privilegien, die die LPG Ernst Thälmann über den Vorsitz von Frieda Sternberg hatte, scharf. Allerdings hat er als Genossenschaftsbauer in seiner LPG auf spezifische Weise eigene Freiräume nutzen können, über die er finanziell profitieren konnte. Ohne Sanktionen befürchten zu müssen, weigerte er sich über Jahre, an den „unproduktiven“ Parteiversammlungen teilzunehmen:

Die LPG hatte hier vielleicht 400 Mitglieder. Ich bin als einziger nie in eine Versammlung gegangen der letzten Jahre. Weil wir in einer Versammlung siebenmal abstimmen mussten und siebenmal haben alle hundert Prozent die Hand gehoben, da bin ich dann nach Hause gegangen. Das konnte ich nicht vertragen. ... und ich musste dazu mal sogar, haben sie mir sogar pro Versammlung dann immer zwanzig D-Mark abgezogen, aber die habe ich eben gerne bezahlt. (Werner Säbsch, geb. 1938, Genossenschaftsmitglied einer LPG)

Aber nicht nur darauf ist Herr Säbsch stolz, sondern dass er es geschafft hat, im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der LPG und dem Parteisekretär der LPG, von denen er „voll akzeptiert wurde“, immer als Bauer „schwarz gewirtschaftet“ zu haben, sei es über sog. „Schwarzflächen“¹⁷, auf denen er Gemüse angebaut hat, oder über

¹⁷ „Schwarzflächen“ sind kleine Felder (ca. 1 Hektar), die noch in Privatbesitz geblieben waren, aber von den Eigentümern nicht bewirtschaftet wurden. Sie wurden informell anderen zum Anbau von Gemüse etc. überlassen.

das private Mästen von Bullen, die er als Schlachtvieh mit Profit an Arbeitsbrigaden, SED-Funktionäre, Betriebe usw. verkauft hat. Dafür habe er stets in zwei Schichten arbeiten müssen, in der LPG und in seiner freien Zeit. Auf seinem Wohngrundstück hatte er schon zu DDR-Zeiten einen Bungalow mit Swimmingpool gebaut, um dort zusammen mit den LPG-Mitgliedern ohne Blick auf die politische Einstellung Brigadeabende oder andere Feste zu feiern. Das habe funktioniert, sofern die Politik bei diesen Feiern außen vor geblieben sei.

Wir haben zum Beispiel Brigadeabende, haben wir bei uns hinten gemacht, in unserem Bungalow und in unserem Swimmingpool ... oder wir haben, ich bin fünfzig Jahre geworden, da sind sie alle hergekommen, haben mir gratuliert oder zur Silberhochzeit, sind sie alle zu meiner Silberhochzeit gekommen. Ich habe eher ein glänzendes Verhältnis gehabt, aber ich habe mich nicht mit ihnen (politisch auseinandergesetzt, C.S.), und nie hat sich einer mit mir politisch versucht auseinanderzusetzen.

6.3 Erwerbstätige in Industrie und Handwerk

6.3.1 Weitere Zentralisierungsprozesse und die Folgen

In Zuge einer erneuten umfassenden Verstaatlichungswelle im Jahr 1972 wurden alle größeren privaten Betriebe sowie die Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Genossenschaften industrieller Produktion (PGH) durch den Verkauf an den Staat in Volkseigentum übernommen. Die kleinen und mittleren Betriebe wurden ab 1972 nach so genannten Erzeugergruppen entweder zu größeren VEBs zusammengeschlossen oder schon bestehenden VEBs in der bezirksgeleiteten Industrie angegliedert.¹⁸ Die bezirksgeleitete Industrie umfasste mit der weiteren Zentralisierung nun auch die kleinen und mittleren Betriebe der bisher in der örtlichen Industrie zusammengefassten Betriebe, die durch ihre Produktionsausrichtung auf die Konsumgüterbranche eine erhebliche Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung vor Ort hatten (Roesler 1990, 192). Eine weitere und letzte große Welle der Zentralisierung in der Wirtschaft erfolgte ab 1979 (bis 1982) mit der stärkeren Zu- und Unterordnung der VEBs zu großen Kombinat. Insgesamt begann mit dem Jahr 1972 ein Prozess, in dem die Ansprüche der zentralgeleiteten Industrie auf Kosten der bezirksgeleiteten Industrie und die Ansprüche der bezirksgeleiteten Industrie auf Kosten der örtlichen geleiteten Versorgung (Kreisebene) erfüllt wurden. Da die vor Ort erwirtschafteten Erträge mit der Zentralisierung der Wirtschaft immer mehr an die höhere Ebene abgeführt und von dort nach Kriterien verteilt wurden, die kaum durchschaubar waren, schienen die zentralen Zuteilungen aus der lokalen Perspektive immer weniger dem Anteil zu entsprechen, den die Bevölkerung vor Ort zum gesamtwirtschaftlichen Vermögen beitrug.

Trotz der Verstaatlichung der Komplementärbetriebe blieb bei den SED-Funktionären ein gewisser sozialer Respekt vor den ehemaligen Betriebsbesitzern, die wegen ihrer fachlichen Autorität geschätzt waren. Zu ihnen gehörte Werner Kettner, geb. 1926, der einen florierenden Betrieb für landwirtschaftliche Transportgeräte

¹⁸ Dieser Zentralisierungsprozess drückt sich in einem Rückgang der Anzahl juristisch selbständiger volkseigener Betriebe um fast 4.500 in der Zeit zwischen 1972 und 1978 aus (Roesler 1990, 108).

besaß und als Betriebsleiter bleiben durfte.¹⁹ Der Erste Sekretär der SED-Kreisleitung, Herr Reineke, weiß, was er an diesen mittelständischen Betrieben hatte:

Nun hatten wir hier einige gute Betriebe ... und mit diesen Leuten (Betriebsbesitzern, C.S.) hatte ich guten Kontakt. ... Und das waren Betriebe, die hatten Ansehen und die hatten auch Ausstrahlung.

Erst mit der Anfang der achtziger Jahre einsetzenden stärkeren Zu- und Unterordnung der VEBs zu Kombinat wurde das Personal auf der betrieblichen Leitungsebene fast vollständig erneuert (Kaiser 1990, 9). In den 1980er Jahren hat sich Werner Kettner dann zwar nicht mehr als Betriebsdirektor, doch in einer anderen hohen Position als Fachmann und Experte für den Export gut arrangieren können. Für ihn, dessen Status man im DDR Jargon mit 'Reisekader' bezeichnete, waren die Grenzen nicht geschlossen. Die Reisefreiheit war eines der größten Privilegien in einer Gesellschaft, die ansonsten für einen Mittelständler wie ihn aus politisch-ideologischen Gründen eher Hürden bereithielt. Bis 1972, so der damalige Direktor des Kreismuseums, Herr Goldt, geb. 1934, war das Wirtschaftsbürgertum in Wurzen

voll anerkannt, und die hatten natürlich ihr Umfeld, selbst bis in die Gewerkschaften hinein. ... Und diese Tradition ... diese Wertmaßstäbe, die blieben erhalten und wurden gepflegt von den Kindern.

Die zunehmende wirtschaftliche Zentralisierung bewirkte als Gegenreaktion ein Zusammenrücken lokaler Akteure in Wurzen, die sich in unterschiedlich hoher Risikobereitschaft gegen die wachsende Abschöpfung des ökonomischen Potentials (z.B. Planüberbestände, Arbeitskräfte) zu wehren begannen. Die Konfliktlinie lag jedoch nicht, wie man annehmen könnte, zwischen der Kreisebene und dem Politbüro in Berlin, sondern zwischen dem Kreis und dem Bezirk:

Der Bezirk, der war ja am Ende verantwortlich, Berlin hatte nicht so sehr in die Kreise reingefunkt, aber der Bezirk. (Gernot Schröder, geb. 1943, ehemaliger Vorsitzender der Kreisplankommission)

Dass die eigenständige und auf regionale Bedürfnisse zugeschnittene Produktionsstruktur durch die Vollverstaatlichung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung stark eingeschränkt worden ist, konnte auch der damalige Direktor für Materialwirtschaft im bezirksgeleiteten Baukombinat, Herrn Baumann, beobachten:

Ein paar Betriebe (des Bezirks, C.S.) machten die (halbstaatlichen Betriebe, C.S.) gleich zu ihren Ablegerbetriebsteilen ... dass die für die Teile machten,

¹⁹ Zur Rolle mittelständischer Unternehmer in der DDR vgl. auch Schlegelmilch (2005). Immerhin 85% der früheren Unternehmer oder geschäftsführenden Komplementäre konnten, sofern sie sich nicht politisch missliebig gemacht hatten, zu diesem Zeitpunkt bereits zu alt waren oder Führungsdefizite gezeigt hatten, auch nach 1972 ihre Leitungsfunktion in den neuen VEBs behalten. Das zur Kaufsumme hinzukommende Gehalt als staatlicher Betriebsleiter hat sich zwar immer noch von den Verdiensten der leitenden Angestellten in der volkseigenen Industrie abgehoben, aber nicht mehr in früheren Größenordnungen (Roesler 1990, 107).

und dadurch fiel natürlich der Bevölkerungsbedarf weitgehend raus. ... Und sicher hat das dann natürlich in einigen Bereichen einen Einbruch im Versorgungsgrad der Bevölkerung gebracht. (Otto Baumann, geb. 1937, damals Direktor für Materialwirtschaft im bezirksgeleiteten Baukombinat)

Nach Meinung des ehemaligen Ersten Sekretärs der SED-Kreisleitung, Herrn Reineke, waren die Kombinate nicht mehr überschaubar. Die Wurzener Betriebsleiter fühlten sich von den Kombinatlen mehr und mehr bevormundet und in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Der Vorsitzende des Rates des Kreises, Herr Dähnrich, erklärt mir die Hierarchien und die zeitliche Dynamik: Während die territoriale Einflussnahme bis 1972 noch eine größere war und die Klein- und Mittelbetriebe

zu jener Zeit das mehr oder weniger doch noch dem Territorium alles unterstellt (waren, war) mit der Herausbildung der Kombinate ... die Verantwortung an höherer Stelle angesiedelt. Die unterste Ebene war die Gemeindevertretung, die Stadtverordnetenversammlung, dann kam der Kreistag, dann gab es den Bezirkstag und dann die Regierung. Die dem Rat des Kreises vorgesetzte Ebene war der Rat des Bezirkes. Die Beschlüsse, die dort gefasst worden sind, waren verbindliche Arbeitsgrundlage für uns hier im Kreis. (Frank Dähnrich)

Herr Baumann deutet die siebziger und achtziger Jahre als deutlich spürbaren Kommunikationsbruch zwischen der Ebene der Kombinate und der Kreisebene, der zusammen mit dem sozialpolitischen Programm zu vermehrtem illegalem Handeln und hohen Mitnahmeeffekten geführt habe:

Wir haben damals gesagt, das weiß ich noch ganz genau, das war 1972, sagen wir mal in dieser Zeit 72-76, als die 16 Millionen sozialpolitisches Programm zustande kamen, in dem also diese ganzen halbstaatlichen Betriebe und die Kommissionshändler und was es da so alles gab, die alle enteignet wurden, da hat der ja 16 Millionen kassiert, da hat der 8 Millionen sozialpolitisches Programm gemacht, komplexer Wohnungsbau, Baumat-Industrie 4 Millionen, das Plattenwerksprogramm, 21 Plattenwerke in der Republik gebaut usw. und die anderen 8 Millionen sagen wir mal in die Wirtschaftsbereiche ... und da passierte eins. Da ging ... die Verbindung zu dieser herrschenden Schicht, obwohl wir ja ne klassenlose Gesellschaft waren, aber da ging die Verbindung der herrschenden Schicht zur Arbeiterklasse verloren. Die Bindeglieder brachen weg, d.h. also im Bereich Brigadiere, Poliere und Meister bis zu den kleinen Bauleiterebenen, die kürten plötzlich eine Welt für sich, es stellte sich nichts mehr durch, und wir haben damals gesagt, so Freunde, jetzt ist es passiert: Wenn Millionen von Produktivkräften es darauf anlegen, ihren Staat zu betrügen, im Kleinen wie im Großen, also ganz einfach gesagt, der Brigadier der baute sich die Datsche, die Brigade, die musste mithelfen, dafür durfte die Brigade machen, was sie wollte, so sinngemäß, weil sich der Brigadier ja dann ausgeliefert hat, der nächste, der sich ausgeliefert hatte, das war der Meister, der musste ja dann ne bessere Datsche haben wie der Brigadier, das ging ja nicht und die Truppe, die musste dann wieder mitarbeiten dort, und dann wur-

den die Stunden geschrieben und die Stundenzettel gegengezeichnet, und dann wuchs das eben hoch bis zum Bauleiter bis sie es so hatten. Da hatte jeder so seine Welt, jeder hatte so seinen Sozialismus, aber alle gemeinsam haben sie den Staat beschissen. (Otto Baumann)

Der mittelständische Unternehmer Herr Kettner, inzwischen Direktor seines verstaatlichten Betrieb, weiß, dass zunehmend mehr auch bei der Abrechnung der Produktionskennziffern manipuliert worden ist:

Und dort war sich alles einig bis in die höchsten zentralen Verwaltungsstellen, weil man Ruhe haben wollte und sagte, für dieses relativ kleine Gehalt, was ich bekomme, will ich mich ja nicht noch hier in die öffentliche Kritik begeben. Und dort haben sie alle zusammengehalten, und sogar Kontrollorgane haben dann die Augen zugemacht, weil man auch andererseits gesagt hat, wir können es sowieso nicht anders packen.

Herr Peters, geb. 1934, betrieb in der DDR 30 Jahre ein privates Speditionsgewerbe, das fester Bestandteil im kommunalen „Schwarzbau“ war. Er stammt aus einer Bauernfamilie, die durch eine fingierte Wirtschaftsanklage und anschließende Internierung in den fünfziger Jahren ihr Gut verloren hatte. Der kommunale Wohnungsbau war in der Regel nicht in die offiziellen Pläne einbezogen, berichtet er, sondern

das waren zusätzliche Leistungen ... Wir hatten ja so einen Zustand, dass die letzte Zeit beinah mehr Initiativbau war als Plan. Das lief also: wir hatten die Versorgung Baubetriebe, das war ne eingespielte Sache, also niemand anderes machte uns diesen Markt streitig, und durch unsere Eigeninitiative wir uns zusätzlich so profiliert hatten, dass wir auch volkseigene Betriebe mit versorgten und den ganzen Eigenheimbau hier im Kreis Wurzen. Und das war für die staatlichen Organe wieder sehr bequem ... Uns war es manchmal unwohl, was wir da mitunter angestellt hatten, also das war sehr oft an der Grenze des Legalen oder hat sich im illegalen Bereich bewegt, aber das wurde toleriert, würde ich sagen. Man wusste schon, was wir machten, die Überwachung war natürlich klar ... Es gab selbstverständlich unterschiedliche Leute. ... Also mit der SED-Kreisleitung, mit dem Parteiapparat haben wir keine Kontakte gepflegt, wenn wir nicht mussten, und wir haben auch absolut nicht versucht, die herzustellen, aber mit dem Staatsapparat, der natürlich auch Parteiapparat war, weil es war eins, Partei und Staat ... Ich sagte ihnen ja schon, dass man bestrebt war, im Territorium möglichst Ruhe zu haben, und das war ja auch die Sicherung des Postens. Ein Staatsfunktionär, der Unruhe hier hat, der wurde ja als nicht tragfähig für seinen Posten angesehen. Ruhe und Ordnung, das war die Hauptsache, wenn möglich Friedhofsruhe, und da wurde eben doch viel getan, um Unzufriedenheit (zu vermeiden, C.S.) Wohnungssuchende gab's ja so viel, immer mehr Wohnungen wurden gebaut, und man machte das mit Feierabendbrigaden.

Und dann will Herr Peters doch nicht vorschnell pauschalisieren, wenn er hinzufügt, dass es auch Spitzenfunktionäre gegeben hätte, die Ermessensspielräume zugelassen

hätten, risikofreudig und sachorientiert gewesen seien. Nicht alle hätten nur im Interesse des Postens gehandelt: „Es gab auch Leute, die sich schon wahrscheinlich ehrlichen Herzens bemühten ...“

Während Herr Peters kurz vor dem Bau der Mauer durchaus daran gedacht hatte, die DDR illegal zu verlassen, dies aber nicht gegen den Willen seiner Ehefrau durchsetzen wollte, ist für den Karosseriebauer eines VEB, Herrn Decker, geb. 1955, eine Ausreise nie in Frage gekommen, weil er „eigentlich ein ziemlich bodenständiger Mensch“ ist. Sein Vater hatte bei der Verstaatlichung seines Betriebs für Fahrzeugtechnik nicht alles verloren:

... und ich hatte durch das Grundstück hier die Möglichkeit, mir hier eine Werkstatt zu bauen, und habe im Kommunismus auch nicht schlecht gelebt, das sage ich ganz ehrlich. ... Ich habe es damals einfacher gehabt Geld zu verdienen als heute in der Marktwirtschaft. ... Man muss das unterscheiden, wir hatten ja alle zwei Arbeitsverhältnisse im Prinzip. Auf Arbeit hat man seinen 8-Stunden-Tag gelebt, und nach der Arbeit hat man den nächsten 8-Stunden-Tag gelebt und konnte auch – es gab ja Engpässe in jeder Richtung – ohne hier die Steuer groß bedienen zu müssen, viel Geld verdienen. ... Und wir haben praktisch alles gemacht, was es nicht gab, von der Pilzzucht bis zum Metallbau. Da musste jeder sehen, wo er bleibt.

6.3.2 Arbeitskollektive und soziale Beziehungen außerhalb der Arbeitssphäre

Was die Kollektive am Arbeitsplatz, das Arbeitsklima und kollegiale Beziehungen betrifft, so wird von allen Interviewpartnern und -partnerinnen stets unterschieden zwischen (a) dem offiziellen Pflichtprogramm eines formell gebildeten sozialistischen Kollektivs (sozialistische Wettbewerbe, Brigadezeitungen etc.) und (b) der informellen Ebene des sozialistischen Arbeitskollektivs. Darüber hinaus gab es (c) jenseits der formell gebildeten Arbeitskollektive die kollegiale Zusammenarbeit und gemeinsame Unternehmungen außerhalb der Betriebe.

Ad a) Das Pflichtprogramm einer Arbeitsbrigade konnte sowohl etwas sein, das man ohne großes Nachdenken „mitmachte“, teilweise aber auch mit kollektivem Druck auf die Außenseiter im Kollektiv durchzusetzen versuchte, um die damit verbundenen Prämien und Auszeichnungen zu erhalten. Der ökonomische Direktor eines VEB der Maschinenindustrie, Herr Sterba, geb. 1937, beschreibt diese offizielle Seite des kollektiven Lebens in den Jahren ihres Entstehens zunächst als gewisse Pflicht, die dann allerdings wegen der damit verbundenen sozialen Kontakte und gemütlichen Brigadeabende zunehmend mehr angenommen worden sei.

Es gab die staatlich verordnete Gruppentherapie des Zusammenlebens, das waren die sozialistischen Kollektive, die Betriebe, wo also mit den Mitteln des betrieblichen Gemeinschaftssinns versucht wurde, alle Leute in irgendeiner Weise zu binden, im Sinne des Gleichschrittes zu motivieren. Und zu Anfang war das alles ein bisschen, muss man sagen, in den sechziger Jahren ... mehr Pflicht, aber ich muss sagen, in den folgenden Jahren, in den siebziger bis Mitte der achtziger Jahre war das dann schon zum Bedürfnis geworden, diese sozialistischen Kollektive sind auch echte, zum Teil echte Kollektive gewesen. Und es waren Brigadeabende, die allen irgendwie gut getan haben.

Aus der Perspektive von Anita Meschke, geb. 1954, die unter Arbeitskollegen als „Problembürger“ galt, wirkte der kollektive Druck des Arbeitskollektivs jedoch stigmatisierend. Sie ist alleinstehende Mutter von fünf Kindern und hat vor der Wende unregelmäßig und – durch eine Einweisung in den Strafvollzug unterbrochen – in wechselnden Tätigkeiten gearbeitet. Sie hatte einige außerehelichen Verhältnisse mit ausländischen Arbeitern (Algerier, Russen), die sich zeitweise in Wurzen aufhielten. Sie weiß seitdem: „Früher war Ausländerfeindlichkeit auch da, aber man durfte sie nicht äußern.“ In den Brigaden fühlte sie sich immer „isoliert“ und „an die Wand gedrückt“, nicht nur wegen ihres Lebenswandels, sondern weil sie sich den kollektiven Regeln und Verpflichtungen entzog und z.B. den Beschluss des Kollektivs, nicht zu rauchen, missachtet hatte. „Arbeiten, Normerfüllung, privat stimmte bei den anderen alles ... ich war jemand, der da nicht reinpasst“, meint sie. Und so hält sie nichts von der verordneten Gemeinschaft früher und galt bei den Kolleginnen „als Distel im sozialistischen Rosengarten“. „Wir mussten alle FDJ-Blusen anziehen, ob wir reinpassten oder nicht“, stellt sie sinnbildlich fest.

Im Arbeitsprozess selbst überwog der Leistungsstolz der Arbeiter, unter schwierigen Bedingungen Lösungen gefunden und Aufgaben bewältigt zu haben. Vor allem Produktionsarbeiter betonten immer wieder, aus „Nichts etwas gemacht zu haben“. Ohne ihr Improvisationstalent und die Bereitschaft zu „Knochenarbeit“ an alten Anlagen, ohne Sonderschichten und „operative Materialbeschaffung“ wäre das System der DDR schon zehn Jahre früher zusammengebrochen, hieß es in den Interviews. Der gemeinsame Einsatz am Arbeitsplatz hat zusammen geschweißt und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Der Molkereifacharbeiter Herr Schobert erinnert sich gern an die Überstunden im Betrieb:

... der Spaß war ebend bei den Leuten, weil die immer ein bisschen so zusammengehalten haben, oder jemand hat mal gesagt: ach wieder so lange, noch eine Schicht dranhängen oder eine Sonderschicht machen ... erst haben sie alle geschimpft und dann, hinterher haben sich dann doch fünf oder sechs gefunden, das war dann immer so wie eine Clique, die zusammengehalten hat. Wir haben dann auch mal viel so Maschinenreparaturen machen müssen, auch so am Sonntag. (Herr Schobert, geb. 1951, Molkereifacharbeiter)

Die Arbeit in der Produktionssphäre hat ein spezifisches Leistungsbewusstsein geschaffen, das sich „unabhängig von den Merkmalen der einzelnen Berufsgruppen auf gemeinsame Merkmale der Arbeit“ bezieht. Ihre Arbeit galt als „körperliche Arbeit, das heißt diejenige menschliche Tätigkeit, die am sinnfälligsten ‘Arbeit’ ist; als produktive Arbeit, das heißt, eine unmittelbar Wert schaffende Leistung; als primäre Arbeit, das heißt, eine Funktion, die für die anderen, für die Gesellschaft eine fundamentale Voraussetzung ihrer Existenz schafft“ (Popitz u.a. 1972, 238). Im VEB herrschten kumpelhafte Duz-Verhältnisse und informelle Hilfsbeziehungen zwischen Arbeiterschaft und Betriebsleitung, die vor dem Hintergrund eines ständigen Arbeitskräftemangels ihre Belegschaft halten wollte.

Wir hatten hier einen selbstbewussten Arbeiter, der sich nicht die Haare gekämmt hat, wenn er zum Direktor geholt wurde. Der ist da reingelatscht: „Schorsch, was willstste.“ (Rudi Findig)

Neben der funktionalen bzw. instrumentellen Seite, die die sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz zweifelsfrei gehabt haben, kommt auch ein starker emotionaler Gehalt in den Beziehungen im Arbeitskollektiv zum Ausdruck: Man hätte sich nicht nur in den Belangen des Arbeitsprozesses oder in der Bewältigung des Mangels im Alltag (Hausbau, Renovierung, Tauschgeschäfte usw.) geholfen, sondern auch in anderen Dingen, z.B. an familiären oder gesundheitlichen Problemen Anteil genommen. Ein immer wiederkehrendes Beispiel sind Ratschläge bei Eheproblemen oder Trost in anderen schwierigen familiären Situationen, z.B. im Fall von kranken oder behinderten Kindern.

Der ehemalige mittelständische Unternehmer Herr Kettner, der in seinem verstaatlichten Betrieb als Direktor bleiben konnte, markierte deutlich die Differenzen zu den VEB-Betriebsleitern der älteren Generationen. Den benachbarten Betriebsleiter eines VEB, Egon Wutta, geb. 1931, der sich vom Schlosser zum Betriebsdirektor hochgearbeitet hätte, beschreibt Herr Kettner als „Herrschnatur unter Ausnutzung des Parteibuchs“ mit einem Auftreten, das „abrupt proletarisch ohne jegliches Gefühl“ gewesen sei. Herr Kettner habe demgegenüber „ganz akkurat sein“ und „ein Wissen haben“ müssen, auf dessen Basis er mit seinen Mitarbeitern „sehr sachlich und gesetzbewusst“ zusammenarbeiten musste:

Weil ich nicht in der Partei war. Und ich hatte ... nicht diese politische Keule, mit der der Genosse Werkleiter seine Leute einschüchtern konnte ... Deshalb ging es auch in der Umgangsform sehr korrekt zu, dass sie (die Mitarbeiter, C.S.) anklopfen ... Wir gingen noch mit Hut, wir hatten immer 'ne Krawatte um ... Und die (anderen Betriebsleiter, C.S.) hatten ja schon das proletarische Hemd draußen. Das sind Kleinigkeiten, die die ganz gern auch gehabt hätten, aber nicht wollten und konnten. Das waren Äußerlichkeiten. Und dann auch schon durch die Partei waren die ganz anders integriert in das System.

Gleichwohl unterstreicht auch Herr Kettner seine umfassende paternalistische Grundhaltung der Fürsorge und Verantwortlichkeit für die Mitarbeiter/innen, die bei allen Betriebsleitern, mit denen ich gesprochen habe, hervorgehoben wird. Vorbild und Ausgangspunkt der Harmonievorstellungen für die Arbeitswelt ist die Harmonie in der Familie, das sah auch Dieter Knuth, der ehemalige Kreisvorsitzende des FDGB so:

Das habe ich schon immer gesagt: Wenn in der WTF (VEB Halbmond Teppiche) was schief läuft, läuft es in der Familie zu Hause schief. Lläuft es in der Familie schief, läuft es generell schief. (Dieter Knuth, geb. 1924, ehemaliger Kreisvorsitzender des FDGB)

Ad b) Neben den formell gebildeten Arbeitskollektiven und ihrer Pflicht zur Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb existierte die informelle Seite des Zusammenseins im Arbeitskollektiv oder mit anderen Betriebsangehörigen. Sie bestand vor allem aus gemeinsam verbrachter Zeit im Betrieb (gemeinsames Frühstück am Arbeitsplatz,

Geburtstags- und Betriebsfeiern) oder in gemeinsamen Unternehmungen, die das Pflichtprogramm eines sozialistischen Arbeitskollektivs ergänzten bzw. unterliefen. Während der offizielle Teil im sozialistischen Wettbewerb meist nicht den parteilich erwünschten Effekt einer Leistungsmotivation hatte und keine „Herzessache“ war, sondern eher ritualisiert war und in der Regel reine Mitnahmeeffekte produziert hatte, hatte die informelle, gesellige Seite der Brigadeveranstaltungen einen wichtigen Stellenwert in der gemeinsamen Freizeit und Kommunikation.

Der Betriebsleiter Herr Sterba sah in dieser informellen Seite aber zugleich auch den erheblichen Nachteil, dass Weisungsbefugnisse und die Möglichkeit einer effektiven Leistungskontrolle geschwächt worden seien.

Das hatte natürlich den Riesennachteil, dass Sie als Leiter dann in irgendeiner Weise, wenn Sie mit denen zusammen gesessen haben, was getrunken haben ... so ein richtiger Leiter auch nicht mehr waren. Sie konnten nur noch mitmachen, Sie waren mit allen per Du, und letztlich war das im Prinzip, sagen wir mal, ein großes Schulterklopfen, und kannste mir mal einen Gefallen tun, wenn du mal was machst. ... Das war die eine Seite ... Und sagen wir mal, dieser ganzen Situation der Wirtschaft war es angemessen. Kollektivduselei! So: Leistung ist nicht gefragt, also leben wir und arbeiten wir, wie es die Situation hergibt.

Arbeiter/innen erinnern sich bei den jährlichen groß aufgezogenen Betriebsfeiern vor allem an die vom Betrieb gestellten Buffets und alkoholischen Getränke. Allerdings deuten die Interviews darauf hin, dass die Brigadeveranstaltungen in den achtziger Jahren an Attraktivität zu verlieren begannen. Die Ansprüche waren seit den Aufbaujahren gewachsen: Die Prämien seien zu gering gewesen, und allein mit Essen und Trinken hätte man die Menschen nicht mehr reizen können, meinte Frau Köhler (geb. 1958, Maschinenführerin).

Innerhalb der Kollektive in der Verwaltung sei das Klima wesentlich distanzierter gewesen, meint der Betriebshandwerker Harald Bittner, geb. 1956. „Die Bürodamen haben sich immer gesiezt“. Auch Stadtrat Rudi Findig empfand die Gemeinschaft

in dem nicht produzierenden Bereich ... nicht so ausgeprägt ... Zum Beispiel bei der Stadtverwaltung gab es die Kaffeerrunde, und keiner durfte in die andere Kaffeerrunde ... Man hat über seine Kinder gesprochen und so was alles, aber so eine echte Mitteilung, Hilfe oder so ist dort vielleicht nicht so zustande gekommen. Dort war nämlich die Konkurrenz, die Eifersüchteleien um den Posten auch schon da. (Rudi Findig)

Ad c) Von den formell gebildeten Arbeitskollektiven und deren informellen Bereichen zu unterscheiden sind schließlich nette kollegiale Zusammenkünfte oder Unternehmungen in der Freizeit, bei denen zwar Kollegen und Kolleginnen mitmachen konnten, die jedoch nicht auf das hierarchisch aufgebaute formelle Arbeitskollektiv begrenzt war. Genannt werden hier immer wieder Gartenfeste, „Faschingsvergügen“, Kegeln, Stammtische zum Kartenspielen, gemeinsame Urlaube und das beliebte regelmäßige „Tanzvergügen“ für Ehepaare, der sog. „Club zu Zweit“ im Kulturhaus

Schweizergarten. Herr Sterba, der sich lange Zeit um die Musik für diese Veranstaltung kümmerte, erläutert diese andere Ebene:

Das war mehr die Freizeitebene, dass sich also dort Gleichgesinnte, Interessenten gefunden haben, in vielerlei Hinsicht. In Sportvereinen, Kegelvereinen, und auch in anderen Gruppierungen, auch kirchliche Gruppierungen, die also versucht haben, etwas mehr sehen zu wollen als nur den Kollektivgeist im Betrieb. Und da war der Tennisverein zum Beispiel ein solcher Verein, mit vielen Gleichgesinnten.

Herr Sterba war Mitglied in diesem Tennisverein. Es sei für ihn als ökonomischer Direktor eines VEB, SED-Mitglied und Sohn einer hochrangigen Funktionärin gar nicht so leicht gewesen als Mitglied dieses Tennisvereins, in dem auch viele private Selbständige und Kinder des ehemaligen Mittelstands und Bürgertums spielten, akzeptiert zu werden, doch die Werte des leistungs- und statusorientierten Herrn Sterba, der bereits der zweiten Generation der DDR-Elite angehörte, für die neben der politischen Zuverlässigkeit auch eine ausreichende fachliche Qualifikation Voraussetzung für eine Karriere war, deckte sich mit den Vorstellungen der Angehörigen des alten industriellen Mittelstandes und denen der verbliebenen privaten Gewerbetreibenden und ihrer Kinder.

Ich bin durch Vermittlung eines Freundes dorthin gekommen, ... und mit meinem Namen habe ich dort also nicht besonders viel Kredit gehabt, weil meine Mutter ja (parteilich, C.S.) stark engagiert war, und die dachten, was will der Sterba hier. Da jedenfalls habe ich mindestens fünf, sechs, sieben Jahre zu tun gehabt, damit man das Wohlwollen der Leute und auch das Vertrauen der Leute erringt. Und da muss man auch Leistung bringen ... Und da müssen die sehen, dass man nicht dorthin gekommen ist, um die auszuspähen.

Auch von gemeinsamen Arbeitseinsätzen in den Wohngebieten wird immer wieder berichtet, von der gemeinsamen Organisation von Dorffesten oder selbst gestalteten Rentnernachmittagen. Dabei hätte es sich überwiegend um freiwillige, unbezahlte Aktivitäten gehandelt. Neben dem Spaß an diesen gemeinsamen Aktivitäten hätte man damals das Gefühl gehabt, gebraucht zu werden und Anerkennung zu finden.

6.3 Die Wende in Wurzen²⁰

Obwohl die SED Mitte der achtziger Jahre die Wichtigkeit erkannt hat, die Kreise wirtschaftlich mehr zu stärken und z.B. auch das private Gewerbe durch mehr Neuzulassungen wieder zu beleben, blieb es lediglich bei Ansätzen. Selbst bei einer Weiterführung der Kommunalverträge wurde ab Mitte der achtziger Jahre für jeden sichtbar, dass das ökonomische Fundament wegbrach. „Und der Grund, warum es bergab ging, das war eindeutig, dass der Osten ökonomisch versagt hat, eindeutiges Eigenverschulden.“ (Herr Heinrich Luft, geb. 1943, Betriebsleiter). „Es ist beschämend, wenn wir in der eigenen Republik kein Hemd mehr anzuziehen haben. Die Leute hätten auch für gute Ware gutes Geld bezahlt. Aber wo denn?“ (Herr Reineke, damals Erster Sekretär der SED-Kreisleitung). Die politische Überzeugung leidet, wenn es nichts

²⁰ Zum Wendegeschehen in Wurzen vgl. ausführlich Schlegelmilch 1995 b.

mehr zu kaufen gibt, so eine Handelslehrerin. Wie viele Parteimitglieder fühlte auch sie sich in ihrem Erziehungsauftrag überfordert. „Da wollte man vieles mit Appellen schaffen und das ist nicht zu machen.“ (Jutta Pfeil, damals Handelslehrerin) „Es war uns klar, dass die Entwicklung so nicht mehr weitergehen konnte, wann und wie wussten wir nicht.“ (Dieter Radig, geb. 1927, Leiter der Staatssicherheit im Kreis) Während die zuständigen Gremien aus Staat und Partei in ihrer Ratlosigkeit bei gleichzeitiger Agitation gegen die wachsenden Ausreisanträge verharrten, bildeten sich in Wurzen kleinere Gruppen und Gesprächskreise, die neben den gravierenden Mängeln in der Versorgungslage (Handel, Dienstleistungen) und der Infrastruktur (Bauen, Wohnen) fehlende politische Mitbestimmung und wirtschaftliche Entscheidungskompetenzen thematisierten (Gewerbefreiheit, Reisefreiheit, Meinungsfreiheit). Sie bemängelten, dass die Probleme von der Führungsspitze im Kreis nicht zugegeben wurden und mit den Betroffenen nicht öffentlich über Abhilfe nachgedacht wurde. Das Zauberwort „Territoriale Rationalisierung durch Kommunalverträge mit Betrieben der Stadt“ verlor an Glaubwürdigkeit. Kaum eine Familie in Wurzen war nicht von Ausreise- bzw. Flucht(plänen) eines ihrer Mitglieder betroffen. Mit der Ausreise guter Freunde, Bekannter und Verwandter schließlich brachen nicht nur gute soziale Kontakte und Freundschaften ab, sondern auch das kulturelle Leben in der Stadt verschlechterte sich.

In der Zeit der Kritik durch die Bevölkerung zeigten die politischen Kollektive der SED-Kreisleitung und des Rates des Kreises zwar nach außen noch Geschlossenheit, im Inneren dagegen ist die Kommunikation, wie ein SED-Kreisleitungsmitglied berichtet, immer mehr abgebrochen. Vor allem die kommunalen Spitzenfunktionäre, die häufig in Kontakt mit der Bevölkerung kamen (z.B. im Zusammenhang mit Ausreisanträgen, Schulleitung usw.) und bestimmte restriktive Entscheidungen (Reiseerlaubnis, Bildungszugänge usw.) zu verantworten hatten, fühlten sich von ihren Parteigenossen alleingelassen und mehr denn je ohne jegliche kollegiale Rückenstärkung: „Unser Ratskollektiv, das war eines und keines. Im Grunde ist jeder für sich allein gegangen.“ (Irmgard Weiss, geb. 1937, ehemals Kreisschulrätin) Auch in Wurzen hatten sich neue Aktionsformen wie z.B. das Bürgerkomitee und der Runde Tisch entwickelt. Kennzeichnend für den kleinstädtischen Bereich ist vielleicht eine im Vergleich zu den überregionalen Vorbildern stärker Ordnung und Sicherheit bewahrende Zielsetzung der Wendeakteure in einer Zeit, in der die alten kommunalpolitischen Strukturen nicht mehr griffen und sich neue noch nicht herausgebildet hatten. Neben Vertretern der Kirche und Mitgliedern eines kleinen Umwelt- und Friedenskreises hatten sich vor allem Einzelpersonen der beiden Blockparteien LDPD und NDPD als politische Opposition konstituiert. Zuerst aufgetreten sind Leute, die aus dem Bereich der Volkshochschule kamen, der technischen Intelligenz in den Betrieben angehörten oder die in der kirchlich getragenen Sozialarbeit engagiert waren. Viele von ihnen gehörten zu dem Personenkreis in der DDR, der sich freiwillig oder gezwungenermaßen mit Positionen unterhalb der höheren Leitungsebenen arrangiert hatte und über gewisse Freiräume bzw. eine gewisse Unabhängigkeit verfügte. Aktiv am Wendegeschehen beteiligt waren außerdem Selbständige aus dem privaten Handwerk oder privaten Dienstleistungsunternehmen, die ebenfalls in der Vergangenheit soziale und kulturelle Spielräume gehabt hatten. Selbst wenn es eine ganze Reihe anderer, abwehrender Stimmen zur Wende gibt, waren die Demonstrationen gerade zu Beginn der Wendezeit für viele meiner Gesprächspartner/innen eine phantastische

Zeit gemeinsamer Aktionen. Mit der Öffnung der Mauer und dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik gab es keinen Gegner mehr, der zusammenschweißte.

7. Was bleibt von der Gemeinschaft? 1990 und die Folgejahre

7.1 Die Alten und die Neuen der Kommunalpolitik

Aus den Kommunalwahlen im Mai 1990 ging die CDU als eindeutige Wahlsiegerin hervor.²¹

Da in der DDR Partei und Staat eng miteinander verwoben waren, steckte die CDU als ehemalige Bündnispartei der SED in folgendem Dilemma: Mitglieder, die in der Vergangenheit selbst politisch involviert waren, waren gefordert, alte Verwaltungsstrukturen schnell abzubauen und ehemaligen Spitzenfunktionären der SED aus der Kreis- und Stadtverwaltung Kündigungen auszusprechen. Diese sahen sich im ersten Jahr nach der Wende nicht selten zusätzlich noch in der städtischen Öffentlichkeit ausgegrenzt und vermieden es auch untereinander, in der Öffentlichkeit miteinander zu sprechen.²² Spätestens Mitte der neunziger Jahre haben sich die innerstädtischen Ausgrenzungen jedoch gelegt, und so höre ich vom ehemaligen Bürgermeister Herrn Haber, dass er sich regelmäßig mit Herrn Dähnrich und Herrn Reineke trifft, sei es zum Schwimmen, in der Sauna oder beim wöchentlichen Schwatz auf dem Markt.

Den Grund, warum ehemalige Genossen der CDU damals „wegguckten“, wenn sie ihn auf der Strasse trafen, sieht Herr Dähnrich darin, dass sich die CDU-Politiker „ja etablieren“ wollten. Die Atmosphäre in der Stadt sei „vergiftet“ gewesen. Der nach der Wende amtierende neue Landrat, bereits vor der Wende Vorsitzender der CDU, habe ihn doch damals in seine Funktion als Vorsitzenden des Rates des Kreises gewählt und sei der erste Gratulant gewesen. Jetzt spreche der Landrat in der Öffentlichkeit vom ehemaligen „Unrechtsstaat DDR“

Herr Dähnrich ist überzeugt, in der Vergangenheit in seiner Position alles ihm Mögliche für den Bürger getan zu haben. Daher hatte er gehofft, auch in der neuen Zeit mit seinen Kenntnissen vor Ort gebraucht zu werden. Nach vergeblichen Bewerbungen blieb für Herrn Dähnrich nur der Vorruhestand.

Hilde Böhm, geb. 1936, seit 1986 Nachfolgerin des Ersten Sekretärs, Herrn Reineke, rechnet sich zum Interviewzeitpunkt mit ihren fast 56 Jahren keine guten beruflichen Chancen mehr aus. Als Arbeiterkind wurde sie kommunistisch erzogen und durchlief seit den sechziger Jahren eine rasche Parteikarriere. Nach der Wende begann sie als Kassiererin und Verkäuferin in einem Leipziger Kaufhaus, denn schließlich „sind nicht alle Ersten Sekretäre schon im Renten- oder Vorruhestandsalter“. 1991, als ich mit ihr in ihrer Wohnung sprach, hat sie Verständnis dafür, dass sich ehemalige Parteigenossen kaum mehr treffen würden. Das hänge „sicherlich auch damit zusammen, dass jeder selber sehen muss, wie er zurechtkommt“. Doch ihre nachbarschaftlichen Kontakte würden halten, und das sei schließlich auch immer das Gute in der DDR gewesen:

21 Zur Kommunalpolitik nach der Wende vgl. Wollmann (1991); Schlegelmilch (1996 b).

22 Die PDS spielte im Kreis Wurzen nach der Wende politisch keine Rolle. Die Haltung der neuen, jüngeren PDS-Mitglieder zu den „Ehemaligen“ war zudem gespalten, sodass die PDS nur bedingt Ansprechpartner für die ehemaligen Funktionäre war.

Grundsätzlich muss ich sagen, im Haus hier hatte ich nie Probleme ... Und mir sind in der Anfangszeit ... ich wüsste es jetzt nicht genau einzuordnen und zu datieren ... viele Leute aus dem Weg gegangen, die mich nicht mehr kannten. Ich bin von mir aus auch auf niemanden zugegangen. Ganz einfach, weil ich meinte, du willst hier gar niemanden in Konflikt bringen. Die Situation hat sich grundsätzlich geändert. ... Die Menschen gehen aufeinander zu. Ja. ... Es gab ja in der DDR auch eine große Hilfsbereitschaft der meisten Menschen, nicht, der Nachbarn und so weiter. Also es war doch, bis auf Ausnahmen, die es immer und überall gibt, ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl da. Einer für den anderen. ... Und darum bemühen wir uns eigentlich hier in unserem Haus, dass das bleibt.

Obwohl sie einige politische Fehler der SED-Regierung einräumt, z.B. die Gängelung der Betriebsdirektoren oder LPG-Vorsitzenden, wenn es um betriebliche Entscheidungen gegangen sei, oder die Reiseeinschränkungen, hat sie ihre politischen Ideale nicht verloren, für deren Verwirklichung sie allerdings „mindestens 50 Jahre“ ansetzt. Dass Frau Böhm zu diesem Zeitpunkt bereits schwer an Krebs erkrankt war, verschwieg sie mir. Zwei Jahre später starb sie, nachdem sie jede medizinische Hilfe verweigert haben soll.

Herr Feuer, vor der Wende stellvertretender Leiter der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises und damit zuständig für Ausreiseangelegenheiten, stand zur Zeit der Wende ganz besonders in der Kritik der Wurzner/innen. Er hatte Mitte der fünfziger Jahre als Bäcker im Wurzener Nahrungsmittelwerk begonnen, bevor er sich über Fernstudiengänge für den Staatsdienst qualifiziert hatte. 1990 bewarb er sich als Fahrer in einer Bäckerei im Kreis und wurde, wie er meint,

mit gemischten Gefühlen aufgenommen ... Man hat dem Kollektiv gesagt, wer ich bin, man hat das Kollektiv gefragt vorher, wollt ihr'n hab'n oder wollt ihr'n nicht hab'n? ... Na, wenn er arbeiten kann, kann er kommen, hieß es.

Er ist von der SED-Politik so enttäuscht, dass er

keine Lust mehr (hat) in irgendeine Verwaltung zu gehen. Ich habe keine Lust mehr, in irgendeine Partei zu gehen. Ich habe auch keine Lust mehr, mich irgendwo gesellschaftlich zu etablieren ... ich war nicht zur Wahl, und ich werde auch zu keiner Wahl mehr gehen. (Herr Feuer, geb. 1943)

Auf meine Frage nach seinen sozialistischen Idealen antwortet er verbittert, dass er sich völlig in die Gemeinsamkeit der Familie zurückgezogen hätte und es keine Ideale mehr für ihn gebe:

Ich habe keine Ideale ... echt nicht mehr. Das, was ich an Idealen besitze, das habe ich auch mit meiner Frau abgesprochen, das sind Formen und Fragen des Familienlebens, der Gemeinsamkeit, und alles andere ist tabu.

Er versucht, mir in seinem Interview zu erklären, wie er schrittweise und ohne großes politisches Engagement in ungeliebte Positionen geschliddert sei und „die Partei mit

ihm gemacht“ habe, „was sie wollte“. Gerade in seiner Funktion habe es im Kreis immer einen Mangel an qualifiziertem Personal gegeben. Ihm fehle seine alte Tätigkeit nicht, zumal er als Fahrer jetzt sogar mehr verdiene.

Herr Knuth, der dienstälteste Vorsitzende des FDGB-Kreisvorstands, ist gerade vor dem Hintergrund seiner außerordentlichen Parteidisziplin besonders verbittert. 1924 geboren, ist er in großer Armut aufgewachsen. Dort habe das „Tal der Tränen“ begonnen. „Wir haben uns doch aus Überzeugung für diesen Staat zerrissen, auch körperlich und geistig, ja, und deshalb ist ja die Enttäuschung für uns am allergrößten“. Auch für ihn gibt es nur noch die Familie. Jeder erlebe das Ende des DDR-Staates sicher anders, glaubt er. Er selbst habe „die Sache“ noch längst nicht überwunden. Nicht nur, dass er sich seinen Lebensabend „anders vorgestellt“ hat, vor allem aber bewege ihn, dass seine Arbeit völlig umsonst gewesen sein soll. „Wir haben gebellt, aber nicht gebissen“, meint er rückblickend, „wir haben doch Bewusstsein nicht bewegt.“

Der ehemalige Stadtrat Rudi Findig verliert ebenfalls 1990 seinen Posten und ist zunächst optimistisch, sich mit einer Beratung für Jungunternehmer, „die bis 60 bei uns gehen“, selbständig machen zu können. Das Unterfangen scheitert nach kurzer Zeit. Seine Ehe hält dem Druck der Neuorientierung, unter dem Herr Findig steht, ebenfalls nicht stand. Aus der familiären Tradition heraus versucht er es erneut als Inhaber eines feinen Lederwarengeschäftes, das er einige Jahre später aus wirtschaftlichen Gründen ebenfalls aufgeben muss. Herr Findig, gedrückt von Existenzsorgen, vermisst die gesellschaftliche Anerkennung und die Betätigungsfelder, die „in der DDR jeder auf seine Weise“ gehabt hätte, ebenso wie das „Zusammengehörigkeitsgefühl“, das daraus entstanden sei, „diese Unzufriedenheit zu ertragen und immer wieder umzuwandeln in Zufriedenheit“. Das habe ihn und andere bescheiden, aber auch stolz gemacht.

7.2 Erwerbstätige in der Landwirtschaft

Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften haben sich nach der Wende entweder aufgelöst, gespalten oder auch wieder in neuer (Rechts-)Form zusammengesetzt. Der Dezernent für Landwirtschaft, Herr Stubenrauch, früher Ökonom bei einer LPG, hat sich bei entlassenen Mitgliedern umgehört und erfahren, dass sich viele ehemalige LPG-Mitglieder nicht nur wegen zu geringen Eigenkapitals einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb nicht zutrauen, sondern auch, weil ihre fachlichen Kenntnisse durch die frühere Arbeitsteilung in der LPG zu spezialisiert sind. Die Kinder sind oft schon zu DDR-Zeiten in andere Berufe abgewandert. Daher ist die Zahl der so genannten Wiedereinrichter auch im Kreis Wurzen gering. Zu solchen Wiedereinrichtern gehört der bereits oben zitierte Herr Säbsch, der mit seiner privaten Hausschlachtung schon in der DDR Gewinn gemacht hatte. Das gute Einvernehmen mit seinem LPG-Vorsitzenden, der ihm nach der Wende eine finanzielle Abfindung gegeben und ihm das von ihm einst eingebrachte Vermögen ausgezahlt hat, ermöglichte ihm einen guten Start. Und so betreibt Herr Säbsch seit 1990 eine natürliche Viehhaltung mit Hausschlachtung und einer eigenen Hof-Verkaufsstelle als großem und inzwischen in weitem Umkreis anerkanntem Familienbetrieb. Mit der Rückgabe des Eigentums an die alteingesessenen Bauernfamilien ist eine sichtbare ökonomische und soziale Statusaufwertung erfolgt. Wolfgang März ist zu alt, um sich wieder als Landwirt selbständig zu machen, und auch seine beiden Söhne sind längst in anderen Berufen tätig. Doch nimmt er mich im März 1992 während unseres zweiten Inter-

views mit einer Mischung aus Stolz und Verlegenheit kurz beiseite und flüstert mir leise zu, dass er „plötzlich zu einem reichen Mann geworden“ ist. Da sein zurückerhaltenes Land an einer verkehrsstrategisch guten Stelle lag, konnte er es mit großem Gewinn an eine Heizungsbaufirma aus dem Westen verkaufen.

Frieda Sternberg ist als Vorsitzende der LPG bereits im Jahr 1986 abgelöst worden. Sie hat dennoch innerlich nicht unbeteiligt mit angesehen, wie die LPG nach der Wende noch für kurze Zeit von einem westdeutschen Unternehmer als Saatgutunternehmen weitergeführt wurde, das dann schließlich gescheitert ist. Jetzt hat sich in den Gebäuden der ehemaligen LPG ein Lebensmittelgroßhandel (Molkereiprodukte, Nudeln, Eier, Fleisch, Wurst) niedergelassen. Pragmatisch wird von Frieda Sternberg auch jetzt das unter den gegenwärtigen Bedingungen Machbare ins Auge gefasst: „Den Sozialismus wollen wir nicht retten, aber das Soziale“, sagt sie und ist besorgt, weil so viele ihrer Kinder, Enkel und Urenkel arbeitslos geworden sind. Und so sorgt und kocht sie nach wie vor für die Gemeinschaft, die auch heute nicht nur aus ihrer großen Familie besteht, sondern auch aus ehemaligen Mitgliedern der LPG und Nachbarn.

7.3 Erwerbstätige in Industrie und Handwerk

Stärker als die wirtschaftlichen Strukturen in der Landwirtschaft hat sich die traditionelle mittelständische Struktur in Wurzen und Umgebung halten können. Zwar haben die großen VEBs nach ihrer Entflechtung und Umstrukturierung einen großen Teil der Beschäftigten entlassen müssen, dennoch stellten mittelständische Unternehmen, das Handwerk, der Handels- und Dienstleistungssektor in der Stadt Wurzen, immerhin ca. 8.000 Arbeitsplätze bereit. Im Vergleich zu anderen Arbeitsamtsbezirken im Muldentalkreis hat die Stadt Wurzen die niedrigste Arbeitslosenquote, die sich – mit saisonalen Schwankungen – seit Jahren bei 15 bis 16 % eingependelt hat. Städte, in denen früher große Kombinate Arbeitsplätze bereitgestellt haben, sind dagegen wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Reprivatisierung ist der mittelständische Betrieb von Herrn Kettner, der aufgrund seines Alters zwar nicht mehr aktiv im Erwerbsleben steht, aber seinen tüchtigen Schwiegersohn als Geschäftsführer eingesetzt hat. Bei dem wirtschaftlichen Neuanfang kommen ihm, wie er sagt, seine Erfahrungen aus dem gesamten Geschäftsleben zugute, vor allem aber die schwierigen Anfangsjahre nach 1945, wo Einfallsreichtum und Eigeninitiative gefordert waren. Herr Kettner behält einen Kernbestand an ehemaligen Mitarbeitern, die bereits eine lange Betriebszugehörigkeit und eine hohe fachliche Qualifikation haben. Obwohl Herr Kettner auf seine Bescheidenheit verweist und die Notwendigkeit, jeden Pfennig in den Betrieb zu investieren, gebe es dennoch gewisse Neidgefühle dem Mittelstand gegenüber, allerdings weniger bei Arbeitern, sondern eher bei Ingenieuren, „der gebildeten Schicht des Sozialismus“ – die noch nicht aufgrund ihrer Besitzverhältnisse Mittelständler werden“ können. Die Kapitalbildung „bildet sich nun so langsam heraus, mit großen Schwierigkeiten, „aber ich sehe, diese sozialen Besitzunterschiede werden hier kritischer betrachtet“. Der Sozialismus ist seines Erachtens nur eine

Theorie, ist also eine Vorstellung von einem Idealeben, die zwar herrlich wäre, wenn sie zu verwirklichen ginge, aber ich sehe ganz einfach für die Men-

schen keine Möglichkeit, diese Vorstellung zu verwirklichen. Da sind Naturgesetze einfach dagegen. (Herr Kettner)

Das Modell eines liberalen Wohlfahrtsstaates mit einem sozialen Netz, das im marktwirtschaftlichen Wettbewerb ein Mindestmaß an Sicherheit gewährt, sollte nach Auffassung von Herrn Kettner durch eine mäßige Form der Kollektivität, die er als Leistungsgemeinschaft versteht, ergänzt werden:

Ich bin also gegen den Kollektivgeist, das Individuum muss sich schon wieder entfalten können. Aber man soll auch nicht so eingebildet sein, dass man alles allein machen kann.

Der selbständige Schmied Alfred Moritz musste seine Schmiede nach 1990 aufgeben. Obwohl er sagt, nie Sympathien für sozialistische Ideale gehabt zu haben, und sich dagegen gewehrt hatte, im DDR-Staat Teil des „Herdenviehs“ zu werden (s.o.), glaubt er nach der Wende:

Als Menschen verlieren wir eine Lebensqualität ... Denn wir waren trotz der Not, die wir in der DDR hatten, irgendwie zusammengeschweißt, und dieser Zusammenhalt geht jetzt im Staat restlos verloren.

Der Handwerkersohn Walter Ehrlich – er war zur Zeit der DDR selbständiger Autolackierer – gehörte im Rahmen des Neuen Forums in Wurzen zu den schärfsten Gegnern des alten Regimes, nicht zuletzt, weil die örtlichen Stellen versucht hatten, seinem Vater und ihm das Leben schwer zu machen. Obwohl es ihm wie vielen seiner Mitstreiter/innen damals zunächst um eine Demokratisierung und wirtschaftliche Reform des Systems gegangen sei, das heißt also um die Kritik an den Machthabern, nicht aber um völlig neue gesellschaftliche Werte, begrüßte er schließlich das Ende der DDR. Meine Frage, ob es von der DDR etwas gebe, was aus seiner Sicht erhaltenswert gewesen sei, verneint er mit einer Einschränkung, die er ausdrücklich vom DDR-System abgekoppelt sehen will:

... eins sollte man hier erhalten, und das ist ... das hat überhaupt nichts mit diesem Staat zu tun, das ist die gewisse Menschlichkeit und das Verständnis füreinander der Menschen untereinander, denn da sind wir wirklich einen Zacken besser, wir sind keine Egoisten. Wir sind wirklich noch in der Lage, für den Nächsten Verständnis zu entwickeln. Das ist zwar nicht bei allen so, aber doch bei einem großen Teil der Bevölkerung, vor allem auf dem Land ist es noch so. Dieses Gefühl der Solidarität, das ist hier eigentlich da.

Gleichwohl dürfe man nie vergessen – dies hat er selbst erfahren müssen – dass es

aber auch sehr viel Unmenschlichkeit und Tragik gegeben (hat, C.S.) ... Man sollte die Menschen nicht vergessen, die familiär zerrissen wurden, die geistig vergewaltigt wurden, und vor allem, die ihrer Meinungsäußerung wegen den so genannten Karriereknick durchmachen mussten.

Obwohl Walter Ehrlich als Abgeordneter für das Neue Forum im Kreistag sitzt, nimmt er wahr, wie die kleinstädtische Gesellschaft schon aus sich heraus einen hohen Konformitätsdruck erzeugt, der dazu führt, dass sich beispielsweise Selbständige oder abhängig Beschäftigte aus Angst vor beruflichen Nachteilen in ihren politischen Äußerungen und Aktivitäten zurückhalten: Die Enge einer Kleinstadt bedeutet, dass man miteinander auskommen müsse. Ingo Schein, früher Leiter einer großen Betriebskantine und heute Gastwirt, erkennt, dass auch in der neuen Zeit informelle Beziehungen von großer Bedeutung sind. Die Beziehungen, die man früher für Material gebraucht hätte, benötige man heute für die Aufträge:

Früher hat man immer gesagt, die Beziehungen des Ostens sind das Kapital des Westens. Ich kann das nur ergänzen: In der Westzeit brauche ich die Beziehungen und das Kapital. Also mit Beziehungen allein geht auch nichts, wenn ich nicht das Geld habe ... aber um irgendwo sich reinzulancieren, und ich habe nicht den Steigbügelhalter, dann passiert auch nichts. (Ingo Schein, geb. 1943, Gastwirt)

Der einstige ökonomische Leiter und stellvertretende Direktor Herr Sterba, der inzwischen von einer westlichen Firma, die einen Betriebsteil eines alten VEB übernommen hatte, als Geschäftsführer eingesetzt wurde, schätzt an der neuen Zeit den Gewinn von Leistungskontrolle und Autorität. Zur ehemaligen „Gefühlsduselei“ gebe es heute keine Basis mehr. Dennoch ist ihm das soziale Klima im Betrieb nach wie vor wichtig:

So was gibt es alles bei uns, zwar nicht sozialistisch, aber wir geben unseren Mitarbeitern ein Weihnachtspaket, es wird zu Weihnachten eine Feier gemacht, zwei Stunden, Tannenbaum, Kinderchor bestellt oder ein Cellist oder so was, machen eine kleine Kultureinlage dazu, und wie gesagt, das ist üblich. Und nicht nur Weihnachten, wir machen im Sommer auch noch mal ein großes Biertrinken, da wird also ein Zelt gestellt, und nach Feierabend einfach mal vier Stunden mit ein bisschen Musik mit den Mitarbeitern ein Bier getrunken. Sie haben es gesehen, wir haben auch zwei Tennisplätze gebaut, und wir haben einen betriebseigenen Tennisverein gegründet ... Das Clubhaus fehlt noch, das Geld ist noch nicht da. Aber das wird auch noch. Also da tun wir schon was. Und die Kollegen, die merken, dass sie hier nicht nur als Arbeitstiere gehalten werden, sondern es gibt auch vom Unternehmer her ein soziales Engagement. Das können Sie auch daran erkennen, wir haben ausgesprochen gute Garderoben, Duschen, Sozialräume, erstklassigen Speiseraum mit einer guten Bewirtung. (Herr Sterba)

Auch wenn in den Interviews mit Unternehmern ein betriebliches wie außerbetriebliches soziales Engagement im Rahmen des jeweils „finanziell Machbaren“ anklingt, so fungieren in Wurzeln die Betriebe nicht mehr als Vergesellschaftungskerne (Kohli 1994), über die die umfassende soziale und kulturelle Betreuung der Beschäftigten einschließlich ihrer Familien im Betrieb und in der Freizeit organisiert und finanziell gesichert war. Auch die ehemals enge Verknüpfung von Arbeitskollegen und privatem Freundeskreis gibt es in dieser Weise nicht mehr. Die Abschwächung der sozi-

alen Beziehungen am Arbeitsplatz kann zu einem Teil durch die noch bestehenden sozialen Netzwerke außerhalb kompensiert werden. Dazu gehört in erster Linie die Familie, Verwandte, der private Freundeskreis und Nachbarn, die ebenfalls eine wichtige Rolle spielen (vgl. Diewald 1995). Die früher regelmäßigen Treffen befreundeter Ehepaare, die Karten gespielt haben oder Kegeln gegangen sind, existieren häufig weiter. Ähnliches gilt für Hausgemeinschaften oder Wohngebietsclubs. Allerdings wird für die, die im Arbeitsprozess stehen oder sich als Selbständige ein Gewerbe aufbauen, die verfügbare freie Zeit knapper. Aus Sicht von Frau Piechotka, geb. 1956, und ihres Mannes, geb. 1947, zum Interviewzeitpunkt beide als Fahrer im Gemüse-großhandel tätig, bleibt kaum Zeit für Unternehmungen.

Im Sommer haben wir den Garten, das macht ja nun Spaß, das ist Hobby, aber das hat auch schon nachgelassen, die Freude auf den Garten. Die Verwandten sind in der Nähe, meine Mutter, meine Schwester ... man hilft sich mal, fasst mal mit an ... oder die kommen mal mit ... aber so direkt, dass man jetzt jemanden hätte, mit dem man sich zusammensetzt und quatscht, die Zeiten sind nicht mehr ... (Frau Piechotka)

Das war auch ganz anders, ich weiß auch nicht, Mensch, da hatten wir unsere Brigadefeiern, da haben wir die Betriebsvergüngen gehabt, da waren wir in der Zivilverteidigung zusammen, da haben wir Musik gemacht, da war ja alles eins. Nun ist das auseinandergebröckelt. (Herr Piechotka)

Arbeitslosigkeit bedeutet vor allem für viele meiner Gesprächspartnerinnen nicht nur die Einbuße des Einkommens, sondern den Verlust sozialer Kontakte und das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, denn: „Viele waren stolz auf ihren Besen.“ (Frau Johanna Wendel, geb. 1945, heute Invalidenrentnerin)

7.4 Weitere lokale Entwicklungen und verallgemeinernde Schlussfolgerungen

Mit dem Zusammenbruch der DDR lösten sich Massenorganisationen und entsprechende Einrichtungen entweder völlig auf oder begannen in anderer Rechtsform und trotz eines nach der Wende erheblichen Mitgliederverlustes weiterzuarbeiten. Nach einer langen Phase, in der sich viele meiner Gesprächspartner/innen erst einmal um eigene Belange kümmerten, begannen sich das Leben ab ca. Mitte der neunziger Jahre vor allem im Bereich der sozialen, kulturellen, bildenden und sportlichen Initiativen und Vereine wieder zu beleben. Im Sportbereich steht Wurzen mit inzwischen 26 Sportvereinen im Muldentalkreis an erster Stelle. Sie entstanden überwiegend aus den alten Betriebssportgemeinschaften und auf Basis des ehemaligen Sportbundes. Der Vorsitzende eines Schützenvereins mit langer Tradition, die in der DDR unterbrochen wurde, freut sich darüber, dass die Schwierigkeiten beim Renovieren des 1904 gebauten Vereinshauses den Gemeinschaftsgeist stärken:

... da sind wir nun ganz stark am Renovieren ... und das ist nun das, wo nun das Vereinsleben langsam wieder erwachen soll ... Sie brauchen also solche Leute, die nur die Finanzen haben, sie brauchen Leute, die materiell dem Verein unter den Arm greifen, sie brauchen aber auch Leute, die körperlich arbeiten ... und das muss ich sagen, alles das, was wir bis jetzt geschaffen haben,

das ist auch unser Stolz ein bisschen, das haben wir selber geschaffen, aus eigener Kraft. Der Vater Staat (Interviewpartner pfeift, C.S.), die Stadt (Interviewpartner pfeift wieder, C.S.), alles weg ... So, und das schmiedet ja auch ne gewisse Gemeinschaft, das ist die andere Seite, das sollte man ja nicht vermissen. (Bernd Hüttig, Rentner, Oberschützenmeister)

Mit großem Zuspruch wird inzwischen auch wieder die in Wurzen früher so beliebte und seit 25 Jahren laufende Tanzveranstaltung „Club zu Zweit“ im ehemaligen Kulturhaus Schweizergarten auf ehrenamtlicher Basis weitergeführt.

Betrachtet man die Entwicklung von Verbänden, Vereinen und sozialen Netzwerken in Wurzen, so könnte man davon ausgehen, dass die anfänglichen Befürchtungen vom Gemeinschaftsverlust weitgehend unbegründet waren. Aber es gibt eine andere, makrostrukturelle Entwicklung, die die kleinstädtische Gemeinschaft empfindlich schwächt, und das ist die dramatische Abnahme der Bevölkerung. Sie ist in der Stadt Wurzen von rund 19.500 im Jahr 1989 auf 15.400 im Jahr 2004 zurückgegangen – mit derzeit weiter sinkender Tendenz und trotz wieder steigender Geburtenraten. Die Folge sind ein hoher Wohnungsleerstand, geplante weiträumige Abrisse und fehlende Steuereinnahmen der Kommune. Die Abwanderung guter Freunde und Familienmitglieder, die schon mit der Ausreisebewegung Mitte der achtziger Jahre begonnen hat, wird von den Zurückgebliebenen meist als besonders schmerzlich empfunden.

Immer wieder wird in den biographischen Interviews in unterschiedlichem Ausmaß von erfahrener Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der DDR berichtet. Diese Erfahrungen reichen allerdings nie so weit, dass sie Gefühle von Gleichheit und Gemeinschaft völlig zurückgedrängt hätten. Bauer März könnte „einen Roman schreiben über Unsoziales im Sozialismus“, um dies im selben Atemzug dennoch gleich wieder abzuschwächen: „Aber ... das Niveau der Armut war nicht vorhanden hier.“ Herr Kaiser bestätigt, dass „ein Kollektivgeist nur da vorhanden (ist, C.S.) wo eine gewisse Gleichheit der Lebensumstände vorhanden ist“. Die habe es in der DDR im Großen und Ganzen gegeben (Herr Kaiser, geb. 1934, in der DDR Gruppenleiter im Bereich Motoreninstandsetzung eines VEB). Trotz Wohnraummangels und schlechter Bausubstanz hatten wir „immer ein Dach über dem Kopf“, und man habe gewusst: „So tief konntest du im Sozialismus nicht fallen, du wurdest immer vorher aufgelesen.“ (Erich Heckert, geb. 1943, Ortschronist und Bereichsleiter an der Volkshochschule) Ohne Frage, so Karin Nick, geb. 1960, damals Angestellte beim VEB Robotron in Leipzig, habe es auch in der DDR reiche Familien gegeben. Es waren „nicht alle arm, es gab nur keine Möglichkeiten, es auszugeben“. Daher sei auch der „Neidabstand“ immer gering gewesen und habe sich auf so kleine Dinge wie die unterschiedliche Vergabe von Prämien, Ferienplätzen, Datschen oder Autos bezogen (Erich Heckert). Im Vergleich dazu fallen heute die sozialen Unterschiede und Statussymbole, wie z.B. die neue repräsentative Villa, die sich der neu gewählte Landrat in den ersten Jahren nach der Wende bauen ließ, besonders auf. Stimmen, die die frühere Gesellschaft als reine „Notgemeinschaft“ in ihrem Wert abschwächen wollen, begegnet die Ehefrau des Superintendenten heute mit der Vision einer „echten“ und „freiwilligen“ Gemeinschaft:

Die Not hat uns zusammengeschweißt. Jetzt ist die Not von uns weggenommen, und wenn jetzt der Zusammenhalt wegfällt, sind wir aber wirklich selber

schuld, wenn wir uns nicht wieder neu einen Zusammenhalt schaffen. Das liegt doch an uns, ob wir das schaffen können oder nicht.

„Wir sehnen uns eben immer noch“, so formulierte es auch der Ortschronist Erich Heckert stellvertretend für viele, „nach einer Harmonie in der Gesellschaft.“ Der ehemalige Bauer Herr März schätzte an der DDR-Gesellschaft die soziale Ordnung und Überschaubarkeit, aber er nahm auch die soziale Kontrolle und den Freiheitsverlust wahr. Heute ist er ratlos:

Ich kann mir eigentlich in der Welt eine richtige Ordnung nicht vorstellen, heute nicht mehr, aber damals im Sozialismus konnte ich mir eine richtige Ordnung vorstellen, bloß sie wurde ja wirklich von der Führung her missbraucht. Ob man an die Geschäftemacherei denkt oder an den Luxus, den die dann auch hatten. ... Andererseits Freiheit ist auch ein kostbarer Wert, und Freiheit darf man auch nicht beschneiden. Ich sehe überhaupt keine Lösung mehr ... wie soll man Freiheit mit einem Gemeinschaftsleben zusammenbringen?

Ich möchte auch vor dem Hintergrund des theoretischen Teils (vgl. Schlegelmilch 2004) einige vorsichtige verallgemeinernde Schlussfolgerungen aus der Gemeinde-studie ziehen.

Trotz des politischen Versuchs einer umfassenden Entdifferenzierung der Sozialstruktur sind auch in der Gesellschaft der DDR soziale Unterschiede und Milieustrukturen, wenn auch stark abgeschwächt, erhalten geblieben. Neben vielfachen Benachteiligungen, die „bürgerlichen Restgruppen“ zugemutet wurden, blieben nicht nur ihnen, sondern auch anderen Gesellschaftsschichten und Einzelpersonen, unabhängig von ihrer Einstellung zum System, geistige Freiräume, Privilegien und materielle Zugewinnmöglichkeiten. Viele milieuspezifische Tradierungen, die die DDR – wenn auch ‘eingefroren’ – überdauert haben, erweisen sich nach der Wende nicht nur als Basis für biographische Kontinuität, sondern zum Teil auch als Vorteile bei der Bewältigung des gesellschaftlichen Umbruchs und eines beruflichen Neuanfangs.

Im Zusammenhang mit dem Systemumbruch befürchteten alle Gesprächspartner/innen, unabhängig vom sozialen Status und beruflichen Milieu, einen Gemeinschaftsverlust, der zwar unterschiedliche Bedeutungen umfasste, aber dennoch einige Gemeinsamkeiten aufwies: Die rückblickenden positiven Bezüge auf die gelebte Gemeinschaft beziehen sich überwiegend auf die informellen und vor allem instrumentellen Seiten der sozialen Beziehungen als Resultat einer über die Jahrzehnte wachsenden Mangelwirtschaft und eines politischen Rigorismus. Zugleich – und untersetzt durch staatliche Fürsorge, die Dankbarkeit und Anpassung verlangte – beeinflusste die Notwendigkeit informeller sozialer Beziehungsnetze die Chance, dass sich aus den funktionalen Hilfsbeziehungen auch freundschaftliche und emotionale Beziehungen entwickeln konnten (vgl. dazu auch Diewald 1995, 229 ff.). Das Gemisch aus positiv erlebten funktionalen und persönlichen Beziehungen, die relative Gleichheit der Lebensumstände sowie die räumliche Nähe in den Lebens- und Arbeitsbereichen ließ die destruktiven, einengenden und kontrollierenden Aspekte der Gemeinschaftlichkeit so lange in den Hintergrund treten, wie die materielle Versorgung in der Stadt den gestiegenen Ansprüchen genügen konnte. Das Eingebundensein

in eine Aufbau- und Notgemeinschaft, sei es in der Zeit vor der Gründung der DDR oder in den 40 Jahren ihres Bestehens, ist somit heute für meine Interviewpartner/innen Identität stiftend. Es ist die Basis für einen Stolz auf das eigene Leben und Voraussetzung dafür, entwertende Erfahrungen des gesellschaftlichen Umbruchs abwehren zu können.

Gemeinschaft als ideeller Wert besitzt im Selbstverständnis meiner Gesprächspartner immer noch einen hohen moralischen Stellenwert und bedeutet per se etwas Gutes. Sie ist im Idealfall ein freiwilliger, solidarischer und uneigennütziger Zusammenschluss von Menschen, in dem es möglichst gerecht, harmonisch, gefühlsbetont und warmherzig – eben wie in einer Familie – zugehen soll. In diesem Sinne ist die Gemeinschaftsutopie der Gesprächspartner/innen einerseits systemunspezifisch und unabhängig von der offiziellen sozialistischen Doktrin zu sehen. Andererseits zeigen die Interviews, vor allem für den Bereich der Erwerbssphäre, dass das frühere Zusammenleben von der Politik der SED und den damit verbundenen gesellschaftlichen Strukturen nicht unbeeinflusst waren (vgl. auch hierzu Diewald 1995, 231). Nicht nur die von der SED-Politik überzeugten oder systemkonformen Personen konnten über die Utopie der sozialistischen Menschengemeinschaft zu Loyalität und Einsatzbereitschaft motiviert werden. Mit dem Ende der DDR ist für viele Gesprächspartner/innen zwar ein Gesellschaftssystem und die Macht der Partei- und Staatsfunktionäre geschwunden, nicht aber die Gemeinschaftsutopie als solche. Damit wird die Gefahr übersehen, die es bedeutet, Gemeinschaft zu einem Gesellschaftsmodell zu erheben. Eine Facette der destruktiven Seite großer Gemeinschaften haben die Wurzener/innen mit der zentralistischen Abschöpfung kommunaler Ressourcen erlebt. Auf die zunehmende staatliche Kollektivierung in großen Dimensionen (z.B. Kombinatbildung) reagierten sie mit milieu- und ideologieübergreifenden Selbsthilfeaktionen in Form kleinerer Gemeinschaften, die spezifische lokale und betriebliche Eigen- und Überlebensinteressen verfolgten.

Schließlich zeigt die Thematisierung von Gemeinschaft eine weitere Komponente. Entscheidend für die Zufriedenheit in der neuen Gesellschaft ist weniger die Höhe des eigenen Lebensstandards, sondern mehr die Bandbreite der vorhandenen sozialen Unterschiede, mit denen sich der Einzelne vergleicht. Der befürchtete Gemeinschaftsverlust steht somit auch für eine Furcht vor einer wachsenden sozialen Differenzierung, von sozialer Ordnung, Überschaubarkeit und Sicherheit im Allgemeinen. Konkret: Man will den guten Kontakt zu Freunden, Nachbarn und Kollegen nicht verlieren. Die bisher von mir genannten Aspekte des kollektiven Gemeinschaftsbezugs haben sich auf die Legitimationsstrategie der SED und die Ebene der formellen wie informellen Strukturbedingungen bezogen. Damit fehlt eine letzte, aber wichtige Erklärungsebene: Die gesellschaftliche Thematisierung von „Gemeinschaft“ ist immer auch eine Reaktion auf Phasen raschen sozialen Wandels und der Modernisierung, die mit wachsender sozialer Differenzierung und sozialen Desintegrationserscheinungen einhergehen. Der Angst vor sozialer Kälte und Isolation wird in solchen Situationen mit einem idealisierenden und oft sozialromantischen, kollektiven Rückgriff auf eine ehemalige 'gute' Gemeinschaft begegnet, die die befürchteten negativen Folgen in Form einer neuen schicht- und ideologieübergreifenden Re-Vergemeinschaftung abwehren will (vgl. auch Vobruba 1994).

LITERATUR

- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen, 183-198.
- Dahrendorf, Ralf (1971): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- Diewald, Martin (1993): Informelle Beziehungen und Hilfeleistungen in der DDR: Persönliche Bindungen und instrumentelle Nützlichkeit. Berlin: MPI Arbeitsbericht 4/1993.
- Diewald, Martin (1995): „Kollektiv“, „Vitamin B“ oder „Nische“? Persönliche Netzwerke in der DDR. In: Johannes Huinink, Karl-Ulrich Mayer u.a.: Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin.
- Granovetter, Mark (1985): Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. In: AJS, Vol.91, No.3, 481-510.
- Hirschman, Albert O. (1992): Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptuellen Geschichte. In: Leviathan, Jg. 1992, Heft 3, 330-358.
- Humm, Antonia (1999): Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952-1969. Göttingen.
- Kaiser, Monika (1990): 1972 - Knockout für den Mittelstand: Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe. Berlin.
- Keupp, Heiner und Bernd Röhrle (Hg.) (1987): Soziale Netzwerke. Frankfurt/M., New York.
- Kohli, Martin u.a. (1989): Je früher – desto besser? Die Verkürzung des Erwerbslebens am Beispiel des Vorruhestands in der chemischen Industrie. Berlin.
- Kohli, Martin (1994): Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und Differenzierung. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, 31-61.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt/M.
- Presthus, Robert (1962): Individuum und Organisation. Typologie einer Anpassung. Frankfurt/M.
- Riedel, Manfred (1979): Gesellschaft, Gemeinschaft. In: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhard Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Stuttgart, 801-862.
- Roesler, Jörg (1990): Zwischen Markt und Plan. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR. Berlin.
- Scheller, Gitta (2002): Individualisierungs-Prozesse in den neuen Bundesländern. Zur Freisetzung aus den Arbeitskollektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B37-38/2002.
- Schlegelmilch, Cordia (1995 a): Zwischen Kollektiv und Individualisierung – Gemeinschaftserfahrungen im Umbruch. In: Sabine Gensior (Hg.): Vergesellschaftung und Frauenerwerbsarbeit. Ost-West-Vergleiche. Berlin, 27-50.
- Schlegelmilch, Cordia (1995 b): Die politische Wende in der DDR am Beispiel der sächsischen Stadt Wurzen. In: Alexander Fischer, Günther Heydemann (Hg.): Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Weimar, Köln, Wien, 117-146.
- Schlegelmilch, Cordia (1996 a): Lebenswege in Deutschland. Die Prägekraft historischer Räume. In: Berliner Debatte – INITIAL, H. 2, 1996, 47-61.
- Schlegelmilch, Cordia (1996 b): Für das Volk oder mit dem Volk? Über die Schwierigkeiten mit der Demokratie in der sächsischen Kleinstadt Wurzen. In: Deutschland Archiv, Heft 4, 29. Jg., 1996, 535-542.
- Schlegelmilch, Cordia (2004): „Wurzen beginnt mit W, das ist schon immer so gewesen.“ Zusammenleben in einer sächsischen Kreisstadt vor und nach 1989, Teil I: Methodische und theoretische Vorarbeiten einer empirischen Gemeindestudie. In: Bios, Heft 1/2004 (17. Jahrgang), 35-68.
- Schlegelmilch, Cordia (2005): „Und da kann man nicht plötzlich volkseigen umdenken.“ Wirtschaften zwischen Gewinnerorientierung und Verstaatlichung. Firmengeschichte eines Mittelständlers in der DDR. In: Historical Social Research, Vol. 30-2005, 96-129.

- SED (1981): Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin (2. Aufl., zuerst 1976).
- Storbeck, Dietrich (1964): Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine sozialstatistische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich. Berlin.
- Vobruba, Georg (1994): Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschafts-Konstruktionen. Wien.
- Weber, Hermann (1991): DDR – Grundriß der Geschichte 1945-1990. Hannover.
- Weinert, Rainer (1995): Wirtschaftsführung unter dem Primat der Parteipolitik. In: Theo Pirker, M. Rainer Lepsius, Rainer Weinert und Hans-Hermann Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Opladen, 285-308.
- Wierling, Dorothee (2002): Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie. Berlin.
- Wollmann, Hellmut (1991): Kommunalpolitik und -verwaltung in Ostdeutschland: Institutionen und Handlungsmuster im „paradigmatischen“ Umbruch. Eine empirische Skizze. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 22, 237-258.
- Zapf, Wolfgang (1966): Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell Deutscher Führungsgruppen 1919-1961. München.